

Volksstimme

Einzelpreis 50 Pf.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riepe in Magdeburg. — Verantwortl. für den Druck: Wilhelm Riepe in Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Riepe in Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: 1567, für die Redaktion Nr. 1784, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 114.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 38.00 Mark, monatlich 12.00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 33.75 Mark, monatlich 11.25 Mark. Bei den Postanstalten vierteljährlich 36.00 Mark, monatlich 12.00 Mark. — Einzelpreis 50 Pf.; die gefaltene Monoparallelsche 1.75 Mark, auswärts 2.50 Mark, im Reklameteil Seite 7.00 Mark, auswärts 10.00 Mark. Belegblätter Seite 1.50 Mark. Anzeigenrabatt geht verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postkontos: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 44.

Magdeburg, Dienstag den 21. Februar 1922.

33. Jahrgang.

Zehn Millionen Menschen verhungern

Unser Mitarbeiter K. J. schreibt uns:
Einem meiner Freunde, einem ausländischen Genossen, der als Arzt einen der internationalen Hilfszüge in das Hungergebiet begleitete und ein guter Kenner russischer Verhältnisse ist, verdanke ich interessante Mitteilungen über die Zustände des unglücklichen Landes:

Moskau, jetzt die eigentliche Hauptstadt Russlands und „Residenz“ der Sowjetregierung, ist für Fremde ein Blendwerk geworden. Reich dekorierte Schaufenster, in ein Meer von Licht getaucht, überfüllte Cafés und Restaurants, Theater und Kinos, Konzerte und ein überaus reger Straßenverkehr liefern das Gesamtbild einer Stadt, die anscheinend in dem Überfluß ihres Hinterlandes schwelgt. Aber alles ist nur trügerischer Schein! Er wird erzeugt durch die Färbung, die dem Handel jetzt durch die Sowjetregierung zuteil wird. Früher riskierte man, als Verräter des Kommunismus an die Wand gestellt zu werden, jetzt wird der Händler als ein zum Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft notwendiges Glied des bolschewistischen Staates geehrt und geschätzt. Und alles handelt, mit irgend etwas! Die Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit den Nachbarstaaten und mit fremden Ländern leidet immerhin eine Menge von Sachgütern in das Land, treibt aber gleichzeitig die Inflation (Aufblähung mit Papiergeld) auf eine phantastische Höhe hinauf, da der Handel keine neuen Werte schafft, sondern nur die Preise durch den Strom der Wirtschaftshände steigert.

Naturngemäß mußte die Entwertung des Rubels immer stärker werden. So verdient zum Beispiel ein Durchschnittsarbeiter ungefähr zwei Millionen Rubel monatlich, ohne dadurch in den Stand gesetzt zu sein, eine Kaufkraft erlangt zu haben wie mit seinen paar Kopfen vor dem Kriege. Mit diesen zwei Millionen monatlich kann er sich nur vor dem Verhungern schützen. Diese Entwertung aller Werte hat eine völlige Umwälzung der Titel der Zirkulationsmittel hervorgerufen. An Stelle der Kopfen sind 100-Rubel-Scheine getreten; die Regierung druckt 100 000-Rubel-Noten, so daß man benötigt ist, Millionen dieser Assigaten mit sich herumzuschleppen. Unser Gewährsmann hatte sich in Moskau für 1500 Schweizer Frank 30 Millionen Rubelnoten eingewechselt, die ihm zur Bestreitung seiner Reisekosten in die Hungergebiete dienen sollten. In der Transbahn wurde ihm jedoch die Tasche, in der er diese 30 Millionen trug, gestohlen. Der Dieb hatte die Tasche samt Inhalt mit samt dem Oberstoff und Rockfutter einfach ausgepackt.

Bezeichnend für die Zustände ist folgendes: Die Sowjetregierung hatte zur Weiterbeförderung der Lebensmittel und der vier Begleiter einen Sonderzug bereitgestellt. Der Lokomotivführer und die Schaffner weigerten sich jedoch, ihren Dienst anzutreten, ehe die Begleiter sich nicht verpflichtet hätten, für die Verpflegung des Zugpersonals während der Dauer der Fahrt auf ihre Kosten zu sorgen. Was denn auch übernommen werden mußte, aber zur Beschleunigung der Reise keinesfalls beitrug. Denn sie benötigten zu der Fahrt von Moskau nach Kasan acht Tage! Als Brennmaterial für die Lokomotive wurde, wie in ganz Rußland, nur Holz benutzt. Infolgedessen drohen durch die Waldverwüstung dem Lande für die Zukunft große Gefahren.

Von der Not in den Hungerdistrikten des Wolgaregions gab unser Gewährsmann eine schreckenerregende Schilderung; sie wird aber noch übertroffen durch die Zustände, die in den von der Eisenbahn entfernten Dörfern herrschen. Die Bewohner sitzen in ihren Häusern und warten apathisch, stieren Blicke auf den — Tödl Wolga und Dnjepr tragen die Leichen der Männer, Frauen und Kinder, die den Selbstmord dem langsamen Hungertod vorzogen. Ein Gemisch von Gräsern, Baumrinde, Kleie und bisweilen etwas Mehl bildet das „Brot“ und die einzige Nahrung der Armen. Die Zahl der Hungernden bewegt sich zwischen 25 und 30 Millionen, von denen 10 Millionen bis zum Frühjahr dem Hungertod verfallen müssen. Denn die Hüfe des Auslandes bleibt angesichts des Umfangs der Not ganz unzulänglich. Ein Hilfszug reicht nicht einmal aus, die Bewohner eines einzigen Dorfes zu retten. Denn außer dem Hunger sorgen Typhus, Cholera, Ruhr und fehlende Ernährung für den Untergang der Millionen, deren Zahl manchen sogar auf fünfzehn Millionen bemittelt.

Man geht fehl, die Hungernot allein der Dürre der letzten zwei Jahre zuzuschreiben. Mitgewirkt hat dafür das rücksichtslose Requisitionssystem der Sowjets, das den Bauern sogar das zur Nussaat nötige Quantum wegnimmt. Angesichts dieses Umstandes erscheint es befremdend, daß sich unter den 85 Prozent landwirtschaftlicher Bevölkerung nicht eine Opposition gegen den Bolschewismus bildet. Die gelegentlich sich bildenden Räuberbanden zerstreuen sich bald wieder. In den Hungergebieten ist die Bevölkerung zu apathisch und stumpfsinnig geworden, um sich zu politischer Opposition aufzuraffen, in den anderen Gebieten aber halten die Bauern das Sowjetregiment für das kleinere Uebel. Was sie so heiß ersehnten, Land, hat ihnen der Bolschewismus gegeben, und sie fürchten nicht mit Unrecht, daß sie bei dem Wechsel der Regierung ihres Landes beraubt werden würden. Hierin liegt der innere Grund des Weiterbestehens des Bolschewismus trotz Hungernot, Anarchie und Verwüstung der Wirtschaft. Sie hat sich trotz alledem stärker erwiesen als die kommunistischen Doktrinen der Lenin und Trozki, als der Terror und die Diktatur des Proletariats. So stark, daß sie den Bolschewismus zu eigener Selbstverleugung zwang, zum Wiederaufbau durch fremde Kapitalisten! Als solche kommen in erster Linie Amerikaner in Betracht. Sie haben Grund und Boden, Wälder und Fabriken zu einem Pappenstiel erworben. Zu einer rationalen Inangriffnahme der Produktion fehlt es jedoch an geeigneten Arbeitskräften. Hier eröffnet sich für die deutschen Arbeiter, Techniker und Intellektuellen in nicht zu langer Zeit ein Feld lohnender Tätigkeit, wenn die Konferenz in Genä das hält, was sie verspricht.

Der Kreislauf des Bolschewismus vom kommunistischen Terror zum Förderer der kapitalistischen Wirtschaft ist eine der lehrreichsten Episoden in der Geschichte der Menschheit. Wie es in der Natur keine Sprünge gibt, so auch nicht in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Der Bolschewismus hatte sich Aufgaben gestellt, die über die Produktionskräfte und die Produktionsverhältnisse des russischen Volkes hinausgingen und die daher scheitern mußten. Der falsche Marxismus der Lenin und Trozki war sich dessen nicht bewußt, er mußte daher ins Gegenteil umschlagen. Jetzt, wo das Land vor dem letzten Stadium der Zerrüttung steht, sehen sie ein, daß eine Wirtschaft nicht durch das Schreckensregiment auf eine andre Basis gestellt werden kann. Unser Gewährsmann sprach mit den führenden Männern des Bolschewismus über diese Dinge und es war bemerkenswert, wie sie jetzt ihren früheren Terror zu rechtfertigen suchen. Sie sagen nämlich, er wäre nötig gewesen, um die weit schrecklichere Opfer verdrängende drohende Lynchjustiz des Volkes gegen die besitzenden Klassen wenigstens in ein System zu bringen und dadurch zu mildern! Mit demselben Motiv rechtfertigen sie die Auseinandertreibung der Konstituante! Mit solchen nachträglichen Entschuldigungen sind die großen Verbrechen immer beschönigt worden.

Die rückläufige Bewegung des Bolschewismus läßt es unverständlich erscheinen, daß außerhalb Rußlands noch die Lehren propagiert werden, die von dem Bolschewismus längst aufgegeben sind. Die echten Bolschewisten sind zu Agenten des Kapitalismus hinabgesunken und ihre Anhänger außerhalb Rußlands werden ihnen folgen müssen, zumal die nicht sehr reinlichen russischen Geldquellen zu versiegen drohen!

Gefährlicher Aberglauben.

Das Zentralorgan der Unabhängigen, die Berliner Freiheit, veröffentlicht ein Schreiben der gelben Spitzenorganisation, in welchem den Zeitungen der Rechtsparteien eine neue Parole für die Behandlung des Eisenbahnbeamtenstreiks übermittelt wird. Das Zirkular hat folgenden Wortlaut:

Berlin, 15. Februar 1922.

Sehr geehrte Hauptredaktion!
Wir bitten dringend, von Donnerstagsmorgen ab jegliche Betrachtung über den Beamtenstreik mehr gegen die drei Spitzengewerkschaften, als gegen die eine überwiegend bürgerliche Beamtenorganisation dar-

stellende Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter umzustellen.

Wie der anliegende, in der „Täglichen Rundschau“ erschienene Aufsatz unseres Vorsitzenden, des Reichstagsabgeordneten Geißler zeigt, sind die Mitglieder der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter überwiegend bürgerlich gesinnt und Opfer einer zwangsläufigen Entwicklung, welche die Regierung und ihre drei Spitzenverbände verschuldet haben, gemordet. Um die Beamten vor dem Abgang in das linkspolitische Lager zu bewahren und sie von ihrer derzeitigen radikalen Zeitung befreien zu können, muß u. E. die gesamte Presse die Beamten von jetzt ab schonend behandeln (sonst bleibt die Faust der Linken an der Gurgel des Staates).

Unser Bestreben wird es sein, die Reichseisenbahnbeamten für den Verzicht auf das Streikrecht und für das Festhalten an den Rechtsparteien zu gewinnen.

Wir bitten die verehrliche Hauptredaktion, uns in diesem Bestreben durch freundliche Beachtung vorstehender Wünsche gütigst zu unterstützen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Nationalverband deutscher Berufsverbände.

Der in diesem Schreiben erwähnte Vorsitzende Geißler ist ein deutschnationaler Reichstagsabgeordneter. Die reaktionäre Presse hat sich vor und während des Streikes stets sehr zweckmäßig verhalten: vor dem Streike putzte sie die Beamten gegen die Regierung auf, während des Streikes machte sie sich über die Regierung lustig, die mit dem Streike nicht fertig wurde, und prompt bezog sie die neue Kampfstellung gegen Regierung und die freien Gewerkschaften, als der Gelbenhauptide Geißler den Befehl dazu gab.

Die auf dem rechten Flügel der Deutschnationalen stehende Deutsche Zeitung ist bereits am Donnerstagabend daran gegangen, ihren Lesern zu versichern, daß die „innern Zusammenhänge“ des Eisenbahnbeamtenstreiks der Öffentlichkeit nicht genügend bekannt seien. Deswegen holt sie das Verjämte nach und teilt mit:

Ueber den Charakter der Reichsgewerkschaft ist zu sagen, daß sie eine reine Beamtenvereinigung darstellt. Ihre Mitglieder sind größtenteils Anhänger der bürgerlichen Parteien, welche sich aus Abneigung vor sozialistischer Gleichmacherei ihre eigene Beamtenvereinigung geschaffen haben. Es sind hier nicht die Früchte sozialistischer Verheerungsarbeit gewesen, welche der großen Reichsgewerkschaft das Verantwortungsgefühl für das öffentliche Wohl genommen haben.

Der deutschnationalen „Deutschen Zeitung“ darf man für ihre Offenheit dankbar sein. Sie bekräftigt, was der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ zuerst ausgesprochen hat: nicht die sozialistische Minderheit in der Reichsgewerkschaft ist für den Streik verantwortlich, sondern umgekehrt, von den überwiegend bürgerlichen Elementen dieser Beamtenorganisation ist zum Streik gegen die Regierung gedrängt worden.

Der „Vorwärts“ sieht in dem Verhalten der reaktionären Presse zum Eisenbahnbeamtenstreik ein Spiel mit verteilten Rollen. Nach der unabhängigen Freiheit steht jetzt schon fest, daß es auf einem gefährlichen Aberglauben beruht, wenn von manchen Seiten gejagt wird, die Eisenbahnbeamten hätten sich durch ihren Streik endgültig und bewußt in die Reihen des Klassenbewußten Proletariats gestellt.

Mit einigen Einschränkungen dürfte das stimmen. Es gibt sicherlich in der Beamtenschaft eine Minderheit, die sehr wohl davon überzeugt ist, daß sie sich eng mit den Arbeitern verbinden müssen. Von ihr muß erwartet werden, daß sie schleunigst den Trennungstreich von jenen Elementen zieht, die in dem Schreiben des Gelbenhauptide genau gekennzeichnet sind.

Baduerlich ist nur, daß der reaktionären Presse von der kommunistischen und einem Teile der kleineren unabhängigen Presse unbezahlbares Material für den von den Gelben gewünschten Kampf gegen die freien Gewerkschaften geliefert worden ist. Wenn die in Betracht kommenden Arbeiterzeitungen es wirklich ehrlich mit der Arbeiterkraft meinen, dann sollten sie öffentlich bekennen, daß sie jenem gefährlichen Aberglauben erliegen sind, vor welchem das unabhängige Zentralorgan so eindringlich warnt.

ragt habe oder sagen wolle. Seine Antwort war, daß er mit Rede-
hau gesprochen habe, sich das meiste aber aus den angegebenen
Gründen nicht zu engagieren beabsichtige.
Wir kamen zu weiteren Verkauf des Abends noch einmal auf
den Gegenstand zurück, und Nadel sagte mir: „Ich werde am Don-
nerstag ab, und ich hoffe, daß bis dahin nicht aus prinzipiellen
Gründen das Kabinett Wirth gestürzt ist.“
Soweit ich unterrichtet bin, hat Nadel ähnliche Ausführun-
gen gegenüber einem seiner Parteifreunde gemacht.
Ich habe von alledem auch in den Sitzungen der Fraktion, die
sich mit der Regierungskrisis beschäftigt, keinen Gebrauch ge-
macht, einzelnen Parteigenossen aber den Inhalt des Gesprächs
mitgeteilt, weil es natürlich für uns interessant war, daß Nadel
eine andere Meinung vertrat als die kommunistische Fraktion
des Reichstags.
Wir wollen nicht behaupten, daß auf diese Unterredung mit
dem russischen Kommunistenführer das Verhalten eines Teiles
der unabhängigen Reichstagsfraktion zurückzuführen sei. Immer-
hin dürfte aber aus den Mitteilungen Wirthsche zu entnehmen
sein, was von dem Geschrei der deutschen Kommunisten über die
Regierung Wirth und was von jenen Unabhängigen zu halten ist,
die ihre Parteinteressen über das Wohl der deutschen Arbeiter
stellen.

Demokraten und große Koalition.

Am Sonntag hielt der Vorsitzende der Demokratischen
Partei, Senator Dr. Petersen, in Magdeburg eine be-
merkenswerte Rede über die Stellungnahme der Demokraten zur
Deutschen Volkspartei nach deren Mißtrauensvotum gegen die
Regierung Wirth.

Zunächst erklärte Dr. Petersen die Erfüllungspolitik der
Regierung für richtig und trat darin für Wirth und Rathenau
ein: Die Fraktionen des Parlaments müssen diese klare Politik
nicht stören, sondern fördern. Dazu ist Sachlichkeit des politischen
Denkens bei allen Parteien erforderlich. Aber auch das Volk muß
nüchtern und ruhiger denken lernen. Es ist der
Träger der Staatsmacht; von seinen Vertretern ist die Regierung
abhängig, sie darf aber kein Ausschuß des Parlaments sein, sonst
kann sie keine klare, einheitliche und starke Politik treiben. Wir
brauchen eine Regierung auf Dauer und Festigkeit. Des-
halb ist die große Koalition der Mitte notwendig. Die
Voraussetzungen dafür waren gegeben. Da kam das Mißtrauens-
votum der Deutschen Nationalen, und aus Furcht vor der Konkurrenz
brachten auch die Volksparteier schließlich ein Miß-
trauensvotum ein. Aus nachtem Parteinteressen geht
also die Deutsche Volkspartei das Schicksal des Volkes aufs Spiel.
Für die Werberlichkeit dieser Haltung der Einheitspartei
fand der Demokratieführer die schärfsten Worte. Er sagte: „Das
Mißtrauensvotum der Volkspartei zeigt von einem erschreckenden
Mangel an politischem Augenmaß und von einer Unberant-
würdigkeit ohne Gleichen. Das Verhalten ist eine
Demagogie von unerhörter Leichtfertigkeit.
Bildet sich die Volkspartei ein, die Demokraten beherrschen zu
können? Glaubt sie, daß sie der Sozialdemokratie ihren Willen
diktiert kann? Wir können die verantwortliche Mitarbeit
der Sozialdemokraten nicht entbehren.“

Wenn die Deutsche Volkspartei die „große Koalition“ will,
dann muß sie sich nicht nur scharf von rechts abwenden, sondern
auch die Front gegen rechts nehmen. Das hat sie nicht
getan. Im Gegenteil, sie ist nach rechts abgewandt. Durch
dieses törichte Verhalten hat die Deutsche Volkspartei die große
Koalition, die sie doch tatsächlich will, auf lange Zeit unmög-
lich gemacht. Durch ihre Politik der Oberbäulichkeit hat sie sich
unsere Sympathie verschert. Die Demokratische Partei hat jezt
keine Veranlassung mehr, Schritte zur Erreichung der
großen Koalition zu unternehmen. Jezt liegt es an der Volkspar-
teier, sich durch sachliches und verständiges Verhalten bei den
Steuerfragen erst wieder das Vertrauen der zur Koalition be-
reiteten Parteien zu erwerben. Wir haben von ihr Garantien
sachlicher und persönlicher Art zu verlangen. Erst wenn sie diese
gibt, kann die große Koalition zustande kommen. Bei der Steuer-
beratung wird die Deutsche Volkspartei vor die Entscheidung ge-
stellt, ob sie eine Politik der Rechten oder der Mitte betreiben will.
Eine Agitationspolitik können wir nicht mehr brauchen, notwendig
ist eine verantwortungsbewusste Politik des Kompromisses.“

Wie lange diese Energie wohl anhält? Starke Worte hat
man von den Demokraten des öftern vernahmen können. Es
sollte uns freuen, wenn die Demokraten endlich eingeschlagen hätten,
daß sie auf die Dauer besser fahren, wenn sie selbständig ihre
politischen Entscheidungen treffen und nicht von einem Stim-
mungsdespoten des großen Gutsbesitzers abhängig machen. Wie
wäre es mit einem Versuch, die „große Koalition“ zunächst einmal
mit den Unabhängigen zu machen? Petersen hat sich am
Sonntag zu einer solchen Erklärung noch nicht aufzwingen
können. Er meinte nur, er habe an und für sich nichts gegen
die Einbeziehung der Unabhängigen in die große Koalition. Denn
bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für Wirth hätte
doch wenigstens ein Teil der unabhängigen Fraktion mehr Ver-
antwortungsgefühl gezeigt, als die der Deutschen Volkspartei.

Vielleicht lassen die Demokraten jetzt über eine Koalition von
Petersen bis Wirth mit sich reden. Wenn sich die Unab-
hängigen einen Ruck geben (Karl Nadel könnte schließlich
noch einmal nachhelfen) und endlich das zu tun wagen, was sie
als richtig längst eingesehen haben, dann dürfte für das Kabinett
Wirth eine Mehrheit gewahrt sein, die so leicht nicht zu erschüttern
ist, auch dann nicht, wenn ein es gilt, durch ein neues Steuer-
kompromiß die Lasten zu verteilen. Auch die Unabhängigen
sollten nicht übersehen: Jezt bietet sich eine Gelegenheit, für die
Arbeiterpartei etwas herauszubekommen, wenn sie das Gewicht ihrer
50 Stimmen im Reichstag voll in die Waagschale werfen.

Paßschikanen.

Der Reichstag hat am Sonnabend die Gesetze über vor-
übergehende Nachsorgeeinrichtungen im Hinblick auf das Saar-
gebiet und über die weitere Zulassung von Hilfsmitglieðern zum
Reichspatentamt verabschiedet und darauf über

die Erhöhung der Wohnungsbaubauabgabe

weiterverhandelt.
Hr. Obermeyer (Sps.): Die sozialen Bau-
betriebe beherrschen zwar heute noch nicht einmal 10 Prozent
des gesamten Baumarktes, sie wirken aber dennoch preisregu-
lierend. Der Kampf der privaten Bauunternehmer gegen die
Baupolitik ist heute in voller Schärfe entbrannt. Regelmäßige
Nachfragen und Organisationen sind für diesen Kampf geschaffen
worden. Man sucht die sozialen Baubetriebe durch Unterbindung
tot zu machen, um nachher den Baumarkt konkurrenzlos zu be-
herrschen. Überall, wo die sozialen Baubetriebe, die auf gemein-
nutziger Grundlage aufgebaut sind, wirksam werden, tritt eine
Verbilligung des Bauens ein, stellenweise eine Verbilligung
bis zu 50 Prozent. Die sozialen Baubetriebe zwingen die
privaten Bauunternehmer bei ihren Kalkulationen zu geringeren
Sätzen. Wir wollen nach dem Kriegsgewinn nicht auch noch
den Konjunkturgewinnler im Baugewerbe. Wir brauchen
Stellen, die preisregulierend und verbilligend wirken.

Hr. Zand (Dsp.): Der Vordredner hat die Frage etwas
aus dem Saße gelassen. Wir sind gegen eine einseitige Bevor-
zugung der Bauhütten.

Ministerialdirektor Dr. Ritter: Die Regierung unterstützt
auch den Unternehmer, der die von der Regierung aufge-
stellten Ziele verfolgt.

Die zweite Lesung ist damit beendet; die Bestimmungen
werden wegen der schlechten Befestigung des Hauses auf Dienstag
berufen. Es folgt die Interpellation der Abg. Geile (Dem.)
und Genossen betreffend

Die Vorkämpfer im Verkehr mit Deutschösterreich.

Auf die Begründungsrede des Abg. Geile, der die Säulen
bei der Begründung der Sachverhalte und bei der Grenzüber-
schreitung in Passau schilderte, antwortete Innenminister, Doktor
Köster. Er berief sich in der Hauptsache auf Erklärungen des
Reichsfinanzministeriums, wonach zur Verhinderung der Kapita-
lberflutung auf den Sachverhalt nicht verzichtet
werden könne; außerdem beschwerte die Regierung von der Ver-
sehr bestehenden Vorkämpfer eine Überflutung Deutsch-
lands mit Einwanderern aus dem Osten, die bei unserer Wohnungs-
not katastrophal wirken würde. Die deutschen Einzelregierungen
hätten sämtlich gegen die Aushebung des Passwangs im Verkehr
mit Deutschösterreich protestiert; die Reichsregierung wolle aber
mit den zuständigen Stellen über eine Milderung der persön-
lichen Grenzkontrolle verhandeln.

Die Redner aller Parteien, einschließlich unzers Genossen
Simon (Augsburg), erklärten diese Ausführungen als unzu-
reichend, und wenn Dr. Köster auch wiederholt unsere Kultur und
Schicksalsgemeinschaft mit Deutschösterreich betont hat, so steht
damit die Tatsache doch im Widerspruch, daß gegen Deutschöster-
reich der Passwang genau so gehandhabt wird wie gegen das
übrige Ausland. Um unermüdete Opferbräuer fernzuhalten,
würde es doch genügen, die Befreiung vom Passwang auf deutsch-
österreichische Staatsbürger zu beschränken, sie läme uns Reichs-
deutschen natürlich ebenso zugute und könnte nur der Anschließ-
bewegung dienen.

Die Interpellationsbehalte entbiete ohne Abstimmung. Am
Dienstag wird das Wohnungsgesetz weitergelesen, außerdem steht
die zweite Lesung des Haushaltsplans auf der Tagesordnung, wobei
wieder große politische Debatten zu erwarten sind.

Raubritterlisten.

Das Schloß Pehow am Schwielowsee in der Mark, in
dem die junkerliche Familie von Röhne haus, wird heimlich
durch die Art, wie diese jagdglühigen Kerle ständig auf der Kaiser
sind nach einem Menschen, den sie abjagen können.
Jeder, der ihren Weg betritt, ist in Lebensgefahr. Sie reiten
und fahren ständig mit dem Schießpfeil herum und sind schon
seit Jahren gefürchtet und gemieden von normalen Menschen.

Nun wird folgender skandalöse Fall berichtet:
In dem märkischen, am Glindower See gelegenen Kranken-
haus liegt ein neues Opfer der Röhne und kämpft mit dem
Tode. Der 61jährige Arbeiter und Familienvater Karl
Nietert aus Glindow liegt mit schwerem Lungen-
schuß darnieder. Sprechen kann der Kranke nicht, denn der
Witz hat es ihm verboten. Aus einem Armeerevolver kam die
verderbliche Kugel, und wieder war es Karl v. Röhne, der auf
Menschenjagd ausgegangen war. Aber nicht einmal in seinem
Revier geschah die Tat, sondern er suchte sich das Nachbar-
gebiet aus.

Am Sonnabend abend wollte v. Röhne von Pehow nach
Glindow fahren. Auf der Chaussee vor Kleistow bemerkte er
zwei fremde Männer aus der Rostocker Forst herausstreten.
Sofort wendete v. Röhne sein Fuhrwerk, um den zuständigen
Förster zu benachrichtigen. Er traf den Beamten schon unter-
wegs. „Sie haben Diebe in Ihrem Forst, ich fahre Sie zu der
Stelle hin!“ Er lud den Förster ein, in seinem Wagen Platz
zu nehmen.

In einer Waldecke stieß das Fuhrwerk auf den Arbeiter
Nietert, der eine Säge umgehungen hatte. Der Förster ver-
langte die Säge. Als Nietert die Säge herbeibrachte, kam es
zu einer Mordtat, wobei der Förster und Nietert zu Falle
kamen. Sofort sprang v. Röhne hinzu und rief: „Ganze hoch
oder ich schieße!“ Im gleichen Moment trat er auch schon
ein Schuß. Als Nietert stehen blieb, rief v. Röhne:
„Da habe ich wohl nicht gut getroffen!“ Erst als der Ar-
beiter wankte, jenseit v. Röhne die Schußwaffe. Der Ge-
troffene schleppte sich noch 300 Meter bis nach Glindow, und
brach dann hinfällig zusammen. Ein Obhändler
hat ihn auf seinem Wagen und brachte ihn in das Glindower
Krankenhaus.

Der Oberlandjäger Belg hat sofort pflichtgemäß die Staats-
anwaltschaft Potsdam benachrichtigt.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Jäger (Spanbau)
und Kuhnert (Berlin) haben aus Veranlassung dieses Falles eine
Anfrage an die preussische Regierung gerichtet. In der An-
frage wird ausgeführt, daß erst im Januar dieses Jahres der
Junker Karl v. Röhne wegen des bierien Falles rechtskräftig
verurteilt wurde (Geweisschüsse auf ein Automobil) vom Schwur-
gericht Potsdam zu der allerdings lächerlich geringen
Strafe von 10 000 Mark verurteilt wurde. Die Folge dieses
bölligen Urteils der Justiz zeigt der neue Fall Nietert.

Die sehr erregte Bevölkerung der Umgebung von Glindow
hielt nun am Sonntag den 19. Februar die angekündigte Pro-
testversammlung ab. Sie verlangte 1. Bestrafung Röhnes,
2. Fürsorgeerziehung für seine Kinder, 3. Einleitung eines
Disziplinarverfahrens gegen den Oberstaatsanwalt in
Potsdam und gegen den adligen Amtsbefehlshaber in Pehow.

Die Aufmerksamkeit der Versammlung wurde auf einen
noch immer unangeklärten Beispruch gelenkt. Der Sohn des
Obhändlers Lase war Anfang Mai 1921 bei seinem Eltern auf
Urlaub, ging in den Wald und kam nicht mehr zurück. Eine
Wäuerin fand zwei Monate später beim Holz sammeln die voll-
ständig beweihte Leiche eines jungen Menschen unter Tannen im
Schloßpark der Röhne. Der Obhändler erkannte an den Klei-
dern seinen Sohn. Einige Meter entfernt lag ein gelblicher
Rehohler, aus dem vier Kugeln abgeschossen waren. Hauptmann
Röhne hatte einen Gutsknecht, der ihn auf die Leiche aufmerksam
machte, angefahren: „Was haben Sie unter den Tannen zu
suchen? Nimmern Sie sich um andre Dinge.“

Der Obhändler Lase wandte sich an die Staatsanwaltschaft
in Potsdam. Nach Monaten schickte ihm der Oberstaatsanwalt
einen mit Beileid geschriebenen Brief, in dem Mitteilung ge-
macht wurde, daß der Verdacht gegen den Kittenjäger Röhne
keine Bestätigung gefunden habe.

Hoffentlich wird jetzt aber energisch durchgegriffen. Das
Raubritternetz muß ausgeräumt werden.

Die Agrarier wollen streiken.

In der Stadthalle von Hannover trat am Sonnabend
der zweite Reichslandbundtag zusammen.

Über die politische Lage referierte Abg. Dr. Koesike.
Aus der Not des Reiches könne nur die Landwirtschaft heraus-
führen durch Erhöhung der Produktion, Selbsterhaltung des
Volkes. Dazu müssen alle helfen, auch die Regierung. „Diese
Regierung muß aber so aussehen, wie wir es
wollen. (Beifall und Zurufe: Juden raus!) Wir müssen
dieselbe Macht erringen wie die Arbeiter. Haben wir solche Re-
gierung, dann brauchen wir noch Ruhe, Ordnung und freie Wir-
tschaft. Ich hoffe, die deutsche Landwirtschaft wird nicht einem
Janiner Getreide der von der Regierung und der Nationalbank
(Zuruf: Judenbank!) gegründeten Aktiengesellschaft veräußern.
(Stürmischer Beifall.) Die Umfrage lehnen wir rund-
weg ab. Die Besteuerung der Sachwerte müssen wir eben-
falls ablehnen, sie ist Sozialisierung. Wir wollen keinen
Kriegsfinanztag, auch unsere Arbeiter wollen ihn nicht. Die
Profitgier muß verdrängen.“

In einer Resolution, die darauf angenommen wurde,
wird der Eisenbahnerstreik beurteilt und strenge Maßregelung
der schuldigen Streikführer verlangt. Eine Sonderbesteue-
rung durch die Umfrage wird abgelehnt, der Reichsgetreide-Akti-
engesellschaft jede Lieferung verweigert. Ferner wendet sich die Re-
sultion gegen jede Zwangsanleihe und die Steuerpolitik der Re-

gierung und gegen jeden Versuch der Auslieferung der Kriegs-
beschuldigten. Der Annahme der Resolution folgte eine lange
Erörterung und Besprechung der wirtschaftspolitischen Tages-
fragen.

Diese Rede und die angenommene Resolution übersteigen
alles bisher Dagewesene an Freiheit und Unerschamtheit. Die
Profitgier soll verschwinden, die Agrarier machen den Anfang,
indem sie die Umfrage ablehnen und das Getreide zu Marktpreisen
verkaufen wollen. Sie kündigen den Lieferungsstreik an,
um ihren Sädel füllen zu können. Sie nehmen für sich das
Streitrecht in Anspruch, das sie jedem Arbeiter und Beamten
eines lebenswichtigen Betriebs verweigern. Wird die Re-
gierung hier ebenso energisch eingreifen und im Streitfall zur
Einkerbung schreiten wie bei den Eisenbahnern? Solange Ge-
nies das Zepher führt, hat die Landwirtschaft keine Sorge.

Wie es aussehen würde, wenn diese Herren am Ruder
wären, zeigt die Resolution. Sie lehnen für sich nicht mehr wie
alle Steuern ab. Alle Mann können Steuern zahlen, nur die
„notleidenden“ Großagrarier nicht. Sie wollen die vorüberber-
liche Steuererleichterung wieder einführen. Die Arbeiter und
Kleinrentner sind zum Steuerzahlen zu genug.

Die Regierung kann auf die Unerschamtheit der Landwirte
nicht besser antworten als mit scharfer Heranziehung der Groß-
agrarier zum Steuerzahlen. Das beste Mittel, um die Agrarier
angenehm zu besteuern, ist und bleibt die Erfassung der
Sachwerte, die, ob das Kapital will oder nicht, doch kommen
müssen.

Notizen.

Hindenburg als Schutzheliger der Agrarier. Auf der Lo-
gung des Reichslandbundes, des früheren Bundes der Landwirte,
in Hannover wurde Hindenburg zum Ehrenmitglied
des Landbundes gemacht. Der gleiche Landbund, der dem deut-
schen Volke den Hungerstreik antun will, wenn es so dreist
sein sollte, von der „notleidenden“ Landwirtschaft Umfrageerträge
und eine gerechte Bezahlung zu verlangen, macht Hindenburg zu
seinem Heiligen. Mehr braucht man nicht zu sagen.

Auszahlung der neuen Wirtschaftshilfe. Nach Frühling-
nahme mit dem Reichsrat und den Parteien des Reichstags hat
der Reichsminister der Finanzen die Auszahlung der neuen
Wirtschaftshilfe an die Beamten und Angestellten
derjenigen Bezirke, über die die Verhandlungen wegen der Re-
steuerungszuschüsse der Arbeiter abgeschlossen sind, angeordnet.
Diese Wirtschaftshilfe wird, da sie die örtlichen Verzugsver-
hältnisse ausgleichen soll, allen Beamten mit dem gleichen Betrage
gemährt. Bei den Besprechungen mit den Parteien hat der Reichs-
minister der Finanzen mitgeteilt, daß die Nachprüfung der
Grundgehälter im Reichsfinanzministerium im Gange sei
und mit größter Beschleunigung zu Ende geführt werden soll. Er
hat gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß hierbei den Wünschen
der Beamenschaft nach einer sorgfältigen Gestaltung des Besoldungs-
systems namentlich unter Berücksichtigung der untern Besoldungs-
gruppen Rechnung getragen werden soll.

Ditmars Helfershelfer. Nach einer in den Blättern ver-
öffentlichten Bekanntmachung des Oberstaatsanwalts von Naumburg
hat der Regierungspräsident von Merseburg auf die Er-
mittlung der Täter, die dem in der Nacht vom 29. Januar d. J.
aus dem Naumburger Gerichtsgefängnis entwichenen Oberleutnant
zur See a. D. Ludwig Ditmar bei der Flucht behilflich
gewesen sind, eine Belohnung von 20 000 Mark aus-
gesetzt.

Widerrückführung Sillers Revision. Vor dem Zweiten Senat
des Reichsgerichts fand am Freitag vormittag die Revisionsver-
handlung des Oberleutnants a. D. Hans Siller statt, der am
18. März d. J. wegen Verhinderung des Soldaten Helmke, die
zu dessen Tode führte, vom Schwurgericht Berlin zu sechs Mo-
naten Gefängnis (1) verurteilt worden war. Der Angeklagte
Siller war selbst zur Verhandlung erschienen. Der Reichsanwalt
beantragte die Verwerfung der Revision. Das Urteil wird am
14. März verkündet.

Arbeiteraufmarsch in Budapest. Zum Jahrestag der Er-
mordung der beiden Reichstagsmitglieder sozialdemokratischen Zentral-
organs „Köznapó“, Bela Somogyi und Bela Bacs, hatte die
sozialdemokratische Parteiführung die Arbeiter aufgerufen, die
Gräber der Ermordeten zu besuchen. Die Arbeiterpartei vieler
Betriebe begab sich nicht damit, Delegationen zu entsenden,
sondern legte die Arbeit nieder und zog in geschlossenen
Zügen zu den Gräbern der Ermordeten. Die Zahl der Teil-
nehmer wird auf 40 000 bis 50 000 geschätzt. In den Neben-
wunden des Wärders der beiden Führer der ungarischen Arbeiter-
schaft geschick und der Empörung über die ungeschickte Tat
Anschuldung bestehen. Polizei und Militär war in großem Umfang
aufgehoben, auch die „Erwachenden Ungarn“ hatten ihre Bezirks-
gruppen mobilisiert. Trotzdem ist es nirgends zu den befürchteten
Zusammenstößen gekommen.

Depeschen.

Verchiebung der Konferenz von Genua.

M. London, 20. Februar. Der politische Berichterstatter
des „Daily Chronicle“ schreibt, in ministeriellen Kreise werde jetzt
anerkannt, daß die Genuaer Konferenz ebenso wie die Vor-
konferenz der Sachverständigen wegen des Sturzes der Re-
gierung von Rom verschoben werden müsse. Bedauerlich sei auch,
daß die Pariser Konferenz über die Frage des
nahen Ostens aus demselben Grunde hinausgeschoben werden
müsse. Die britische Regierung hoffe jedoch, daß keine allzu
große Verzögerung eintreten werde.

Russische Vorbereitungen für Genua.

M. Warschau, 20. Februar. Die polnische Re-
gierung meldet aus Moskau: Eine politische Konferenz
bereitet das Material für die Genuaer Konferenz vor. Die
Sowjetdelegation wird auf der Konferenz von Genua eine Ein-
schränkung für die Frankreich zur Zeit des Krieges gewährte
Unterstützung verlangen sowie eine Entschädigung für die durch
die Angriffe Judenichs, Denikins, Koltschaks, Wrangels und
Polens verursachten Ausgaben. Nach vor der Abreise der Sowjet-
delegation nach Genua wird Lenin ein Projekt der allgemeinen
Abrüstung Russlands ausarbeiten.

Die italienische Ministerkrise.

M. Rom, 20. Februar. Die Ministerkrise ist ihrer Lösung
noch nicht nähergerückt. Der König setzt die Besprechungen mit
den Parlamentariern fort. Gestern vormittag empfing er Bosselli,
Nicola und Salandra. Nachmittags wollte er die Abgeordneten
des Senats und der Kammer und den früheren Ministerpräsidenten
Orlando empfangen.

Rückgang der amerikanischen Wirtschaft.

M. Paris, 20. Februar. Wie die „Chicago Tribune“
aus Washington meldet, ist im Laufe des Jahres 1921 der Eisen-
bahnerverkehr in den Vereinigten Staaten um 23 Prozent
gegen 1920 gesunken. Das ist der schärfste Rückgang, den
die amerikanischen Eisenbahnen jemals in einem einzigen Jahr
erlitten haben. (Darin spiegelt sich die Wirtschaftskrise wider,
unter der Amerika als Folge der Beschränkung Europas durch den
Krieg und den Verkauf der Eisenbahnen.)

Ein Erbenungsfall.

M. Laurahütte, 20. Februar. Durch Einsetzen von
giftigen Gasen kamen am Sonnabend drei Förderleute und
drei Hamer ums Leben. Es gelang, die gesamte übrige Belegschaft
vor Schäden zu bewahren.

Weißweinflaschen

Rotwein- u. Cognac-Flaschen
Sekt-, Wasser-, Portwein- sowie sämml.
1/2, 1/3, 1/4, 1/5 Liter-Flaschen

Altpapier

Zeitungen u. Zeitungsblätter,
Papier- und Wappabfälle,
Alten und Geschäftsbücher
unter Garantie
des Einkaufspreises.

Altmetalle

Kupfer, Rotguth, Messing,
Blei, Zink, Zinn, Flaschen-
stopfen u. Stannol

sowie sämml. Metalle.

kauft zu den höchsten Preisen

S. Freund

vorm. Sorger & Freund

Neue Münzstr. 3. — Telephon 7729.

Abholung erfolgt kostenlos.

Prima **Schmalz** 29 Mark
weisses **Schmalz** 29 Mark
Blum, Renstädter Straße 16.



Henko

Handels-Wasch-
Bleich-Soda

unübertroffen für Wäsche und Hausarbeit
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Preis das Paket 2.50 Mk.

Raucher
sparen Geld

Wenn Sie rauchen, sparen Sie Geld
durch die Fabrik direkt.

Versand franco überall. Verpackung geg. Nachn.
5 Pfd. 8 Pfd. 12 Pfd. 15 Pfd. 20 Pfd.
200 Mk. 240 Mk. 280 Mk. 320 Mk. 400 Mk.

in vollständiger reicher Qualität, auf Wunsch
in den üblichen Sorten verpackt.
Tabakfabrik W. Hoffer, Magdeburg 520
Friedrichstraße 142/112.

Griffon - Tropfen
- Tee
- Lakritz
- Bonbons
Kaf.-Apotheke, Breitenweg 28

Fahrraddecken billiger
Wenn Sie Ihre Decke austauschen lassen,
erhalten Sie die alte Decke zurück.
Schnelle Lieferung, Garantie für Sauberkeit.
Vogel, Weinberg 17

Neu eingetroffen:
Grauer Anzugstoff
kariert, 200 Mk. pro Meter
in garantiert reicher Wolle

FRED PELZ

MAGDEBURG Skopiersitz 11

Zahlung 8. März 1922
Tilsiter Pferdlose
A 4 Wart.
Eckporto 7 A. Gew.
Eiste inkl. Porto 1.35 A
2096 Gewinne i. Ge-
samtwerte von 200
120 000
Haupt-
gewinn 40 000 Mk.
Leo Wolff
Königsberg (Pr.)
Rantstr. 7 u. in allen
kenntl. Verkaufsstell.

Zabels Besohnanstalt
Dienstadtter Straße 36
liefert in. Herrenschleier
aus reinstem Kernleder für
45 Mk., Damenschleier
40 Mk. Große Lager von
nur gutem Schahwert
zu ganz billigen Preisen.

Städtische Theater
Dienstag den 21. Februar
Stadttheater
2 Anrechtabend
Die Fledermaus
Anf. 7 1/2 Uhr Ende 10 1/2 Uhr

Wilhelm-Theater
Die Dollmache
oder
Gottlieb der Gerechte.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Spernterte

Wir beabsichtigen unsere
6 Stübchen zu best.
Stimmung u. D. C. Werte
Reihe gleichmäßig mit 70
chromatischen Tönen. Die
Instrumente sind gut er-
halten. Bauart W. Dants.
Sera. Befichtigung am
Donnerstag und Sonntag
früh im Vereinsheim
„Burggalerie“, Schöne-
beck, Breitenweg 37. 4/73

Schafwolle

Strumpfabfälle tauche so-
fort gegen bräunliche
Gerüche und Stoffe.

Fritz Jürges
Schiffstraße 7.
6. St. vom Alten Markt

Jeder merke sich



die Aufmachung dieser Dose.
Das **Javalin** wird nur in
diesen Dosen verkauft.

Überall zu haben:
Gen. Fabrik Gebr. Meyer Hannover-Bückeburg.

Verteiler und Lager für den Großhandel
Paul Löhr, Magdeburg, Kaiserstraße 19.
Telephon 7822 und 7823.

Weißer Kognakflaschen

Rot-, Weißwein- und Likörflaschen
jetzt und hierher

Adolph Behrendt Magdeburg, 71
Tel. 667-72

Harzklub

Zweigverein Magdeburg

Vortrag:
Niederbad vor 100 Jahren
und das Gefell
mit 200 Bildern
von der „Sary“, S. Gumbrecht.
Eintrittskarten für Mitglieder frei.
Nichtmitglieder zahlen 20 Mk.
Verkaufsstelle: Buchh. Buchhandlung, Breitestr. 15.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltung Magdeburg.
Geschäftsstelle: Große Mühlstraße 11. - Geschäfts-
stunden: Montag von 10 bis 12 Uhr, Donnerstag von
10 bis 12 Uhr. - Sonntags geschlossen.
- Reichsamt 112.

Große

Berufsmannschaft - Übung

Agensberatung:
Bericht von den Lehrveranstaltungen von
den Lehrgangsteilnehmern.

Teilnahme von guten Schülern der ersten
Berufsmannschaft. Die von Lehrern
ausgewählte zweite Gruppe.

20 anher
gewöhnlich
preiswerte **Schlafzimmer**
verkauft noch zu alt. Preis so lange Vorrat reicht.
Speise-, Herren-, Wohnzimmer, Salons
sehr preiswert. 4257
Möbel-Palast Gust. Jentzsch, Breitenweg 150.

Fürstenhof-Prunksaal

Abends 7 1/2 Uhr 283
Das glänzende Varietés-Programm

Lieskowsky-Nadasy
die unvergleichlichen Tanzkünstler in
ihren Meister-Schöpfungen

Basch, Morello, Hamilton
die Acrobatischen

Emil Merkel | Zwei Jollnes
Komponist-Darf. | Instrumentalkisten

5 Poncherrys | Bernhard-Trio
Orchesterleiter | Symphoniker
in höchster Vollendung

Bier-Kabarett

Blaue Grotte

Sehenswürdigkeit
Der Treffpunkt d. guten Familienpublikums

3 Uhr: 203
Leo Werder — Paul Hempel
Basel Carlo — Buett Alberty-Loonhardt

Kaffee Hohenzollern.

Montags: Opern-Abend 301
Freitags: Operetten- und Walzer-Abend

Täglich 5 1/2 und 10 1/4 Uhr:
Künstler-Binlagen!

Städt. Orchester

Stadttheater

Am Mittwoch den 22. Februar, abends 7 1/2 Uhr
3. Sinfonie-Konzert Abt. B.

Leitung: Städtischer Kapellmeister Dr. Rahl.
Solistin: Anna Hegener (Violine).

Öffentliche Hauptprobe
am Konzerttage vorabends 11 Uhr.
Eintrittskarten bei Heierichshofen, am Kon-
zerttage an der Theaterkasse. 292

Heute! Heute!

Hohenzollern-Park

Dienstag den 21. Februar,
abends 7 Uhr 422

Große Redoute

in sämtlichen festlich
decorierten Räumen.

Heute! Heute!

Walhalla

Lichtspiele

Heute
bis einschließlich Donnerstag

Liebe

Opern- und
Margarita Langen.

In der Regie:
Manja Trakubewa — Heinz Samow
Reinhold Schünzel — Karl Platen

Das ein

anfergetwöhliches

Beiprogramm.

Spielditt:
Freitagabend von 6 bis 10 1/2 Uhr.
Sonntag von 3 bis 10 1/2 Uhr.

Kammer-Lichtspiele

Saben Sie Tarzan gesehen?

Wenn nicht, so veräumen Sie nicht, sich zu-
mindest den 2. Teil dieses amerikanischen Riesen-
films durchzusehen, der am Anfang eine kurze
Inhaltsangabe des ersten Teiles bringt, so daß der
Film absolut verständlich wirkt.

Was den Film besonders reizvoll macht und
ihm ein ganz eigenartiges Gepräge gibt, ist nicht die
romanhafte, an sich gut gefeierte und äußerst
spannende Handlung allein, sondern die Tatsache,
daß der Film wirklich im Urwaldgebiet aufgenommen
ist und herrliche Landschaftsbilder mit üppiger
Krautvegetation bringt. Löwen, Elefanten, Affen-
horben, Probobile wimmeln in voller Freiheit herum,
kämpfen ums Leben mit Tarzan; Dorfbrände, Regere-
fektionen, Kämpfe mit Eingebornen fesseln das Auge.

Kennen Sie Charlie Chaplin?

Kennen Sie seinen Film „Chaplin läuft Roll-
schuh“? Diesem Film gegenüber gibt es nur eine
Meinungäußerung: lachen, lachen bis zum Seiten-
stechen. Man lacht über Charlie Chaplin mehr als
über eine ganze, ausgetüftelte Lustspielproduktion.

Der Film 307
Das Haus des Grauens

ein deutscher Kriminalfilm, beschließt die erstklassige
Spielserie, die infolge ihres großen Erfolgs bis
Donnerstag auf dem Spielplan verbleibt.

Tarzan 3. Teil

gelaugt ab nächsten Freitag zur Vorführung.

Zentraltheater

Täglich
7 1/2 Uhr

Der Graf von

Luxemburg

Gastspiel

Mizzi Nestler

Musik von Leber

BUNTEBUHNE

ZENTRAL-THEATER
RESTAURANT

Täglich 8 Uhr:

Omer und Sait

die unübertrefflichen
Exzentriker in ihren
verblüffenden Tricks
und die weiteren
erstklassigen
Kunstkräfte

Neustadt, Wintergarten

früher „Welter Hirsch“
Sente Dienstag

Gustav Kluck

Neues Programm!
Das Vaters Rache

Vollespiel mit Gesang
in 3 Akten von G. Kluck

Die Preiselbaaren d.
Herrn Hinkelmann

Parodie m. Gesang u.
Sang von G. Kluck

Der süße Peter
Schwan mit Gesang
von Kurt 5648

Ant. 6 Uhr, Saal 18 Uhr, 6 Uhr
Die Raffe ist von nach-
mitt. 4 Uhr an geöffnet

Stephans-Hallen

abends 8 Uhr:
Lassere, die Grabesbrant
ob. Das Ende des Steber-
hügeligen Krieges.
Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr
Jugendfeierung.
Die drei Hanle-
männchen.

Voco
weißer 4320
Jagdbrand
in 1-Liter-Flügen,
gut und preiswert.
Vogel & Co., L.-G.
Bismarckstraße 2.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 20. Februar 1922.

Die Streikabstimmung der Angestellten.

Die drei Spitzenorganisationen — Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afa), Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. d. A.), Gesamtverband deutscher Angestelltenvereine (Gedag) — beschäftigten sich in einer gemeinschaftlichen Sitzung am Freitag abend mit dem Abstimmungsresultat. Nach genauester Prüfung der eingelaufenen Resultate ergab sich ein Gesamtergebnis von 70,4 Prozent für den Streik, 28,8 Prozent gegen den Streik und 0,8 Prozent Stimmen unguiltig und zerstückelt. Das Resultat in der Industrie, das in einzelnen Großbetrieben bis 88 Prozent für den Streik ausfiel, wurde wesentlich beeinträchtigt dadurch, daß einige kleinere Betriebe und ein Großbetrieb die Forderungen der Angestellten ganz oder teilweise bewilligten.

Auf Grund dieser Sachlage ist von den Angestelltenverbänden die Frage aufgeworfen worden, ob diese Firmen bei der Beurteilung des Resultats in der Industrie auszunehmen seien oder nicht. Im ersten Falle würde die gemäß Verbandsstatuten erforderliche Zweidrittelmajorität für den Streik in der Industrie vorhanden gewesen sein. Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus mußte von diesem Schritt Abstand genommen werden, und es wurde beschlossen, das Ergebnis in der Industrie als ein Ganzes anzusehen. Das Abstimmungsresultat zeigt, daß es an einem seidenen Faden hing, ob ein schwerer wirtschaftlicher Kampf in Magdeburg zum Ausbruch kam, der selbstverständlich bei Dauer auch von nur einigen Tagen nicht auf die Angestelltenschaft beschränkt bleiben konnte. Wenn bei den neuen Verhandlungen von den Arbeitgeberseite mehr Verständnis für die wirtschaftliche Lage der Angestellten wie bisher gezeigt wird, werden Konflikte, die eine schwere Schädigung des gesamten Wirtschaftslebens Magdeburgs mit sich bringen müssen, wohl nicht mehr zu verhindern sein.

Stafflung der Kohlensteuer.

Der Kohlenpreis ist wieder gestiegen, wir lesen und hören überhaupt nur noch von steigenden Preisen. Eine unmittelbare Ursache der jetzigen Steigerung des Kohlenpreises ist die Kohlensteuer. Ein Gewinne, der sich mit diesen Dingen intensiv beschäftigt, macht nun einen Vorschlag, um Minderbeträge zu entlasten. Wir drücken seine Ausführungen gern ab, ohne uns über die Durchführbarkeit und Auswirkung einer derartigen Regelung zu äußern. Der Genosse schreibt:

Ein Mindestquantum von circa 25 Zentnern müßte steuerfrei bleiben für alle Haushaltungen. Für die nächsten 25 Zentner tritt ein einfacher Normalfuß in Kraft, für die folgenden 25 Zentner der anderthalbfache u. s. w. Nun kann der bezahlte, der es dazu hat. Denn ich sehe nicht ein, warum z. B. die Bars und Telen, die Weintrauben, die Skätten des Brauens und der Mälerei, nicht mehr belastet werden sollen. Hier sollte man erwägen, ob man nicht auch diese Stätten des Lichts, des Stroms oder Gas, bedeutend teurer bezahlen lassen sollte.

Ich bin der Hoffnung, daß durch eine Stafflung der Steuer für alle Heizungsstoffe, der Umfall der Steuern für die Kohlen der Vermitteln gedeht wird. So reichlich, daß auch für Krankenhäuser, Städtische und ähnliche Institute Steuerermäßigungen eintreten können.

Die Frage technisch zu lösen, muß doch möglich sein. Die gestaffelte Steuer wäre zugleich ein Mittel der Kontrolle und Verbrauchsregelung. Die Arbeiter waren immer bereit, die Lasten für die Allgemeinheit mitzutragen, aber es muß eine gerechte Verteilung angestrebt werden.

— Eisenbahner-Versammlung. Im „Konzerthaus“ tagte am Sonntag eine Versammlung der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten, um den Bericht über die Verhandlungen des Hauptvorstandes mit der Regierung entgegenzunehmen. Mitgeteilt wurde dabei, daß der Reichskanzler Wirth nach wie vor dafür eintreten wird, daß die vom Verkehrsminister Troener ausgesprochenen Entlassungen, bis auf zwei oder drei „Ureheber“ des Streites, wieder zurückgenommen werden. Die Reichsgewerkschaft hat das Vertrauen zum Reichskanzler, daß er sein gegebenes Wort einhalten wird. Im übrigen brachte der Bericht nur uninteressante Ausführungen. Zum Schluß der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, die besagt, daß die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter von der Regierung verlangt, sämtliche bisher gemäßregelten Kollegen wieder in ihre alte Stellung einzusetzen. Bis dahin ist der Kampf nur abgebrochen, aber nicht eingestellt. Vor Beginn der Versammlung wurden alle Eisenbahner, die nicht mit gestreift hatten, aufgefordert, den Saal zu verlassen. Es handelte sich also um eine Versammlung von solchen Eisenbahnern, die am Streik beteiligt waren.

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg.

Bezirk Friedrichstadt-Werder. Heute Montag den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung im „Friedrichshof“, Turmchansent. Vortrag des Genossen Dr. Diegel über „Walta“.

Bezirk Magdeburg Nord. Am Dienstag den 21. Februar, abends 7 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung bei Ed. Holz, Tischlerstraße. Vortrag des Genossen Steiner über „Wirtschaftsfrage und Wechsellager“.

Bezirk Sudenburg. Am Mittwoch den 22. Februar, abends 7 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung in den „Sudener Freiküchen“ (Eiseller, kleiner Saal). Genosse K. Voigt spricht über „Volkswirtschaft und Politik“.

Bezirk Wilhelmstadt. Am Mittwoch den 22. Februar, abends 7 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung im „Wilhelmshof“. Genosse Böllermann spricht über „Erfassung der Sachwerte“.

Bezirk Alte Neustadt. Am Donnerstag den 23. Februar, abends 7 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung im Hotel Neuhäuser Bahnhof. Vortrag über „Jesus und Spartakus“. Referent Genosse Wuttke. — Funktionärtsitzung um 7 Uhr.

Genossinnen und Genossen, erscheint alle in den Bezirksversammlungen. Überall werden hochwichtige Fragen behandelt, es ist notwendig, daß jeder einzelne diesen Fragen auch das nötige Interesse entgegenbringt durch sein Erscheinen!

Bezirk Neue Neustadt. Donnerstag den 23. Februar, abends 7 1/2 Uhr. Funktionärtsitzung im „Wintergarten“.

Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion. Dienstag den 21. Februar, abends 6 Uhr, Sitzung.

Bezirksleiter. Am Dienstag den 21. Februar, abends 6 Uhr, im Magistrate-Sitzungssaal. Sitzung der Bezirksleiter mit der Stadtverordnetenfraktion zusammen.

Bezirk Alte Neustadt. Mittwoch den 22. Februar, abends 7 Uhr. Sitzung des Elternbeirats der dritten Volks-Kinderkategorie bei Winter.

Ortsauskunft für Arbeiterwohlfahrt. Donnerstag den 23. Februar, abends 7 1/2 Uhr. Sitzung im Rathaus.

Winterabend am Sonntag den 26. Februar, abends 6 Uhr, im Franke-Jugendheim. Turnplatz Friedrich-Wilhelms-Garten. Karten à 3,00 Mark sind im Parteisekretariat, Große Mühlstraße 3, zu haben.

— Jung und alt fällt am Sonntag den bunten Festsaal des Frankenhauses, um sich an dem jüdischen Treiben der Wundauer Arbeitervereine zu erfreuen. Freude wurde ihnen in reichem Maße zuteil, das gut ausgestattete Programm sorgte im Ueberflusse dafür. Die Schattenspiele fanden wohl den reichsten Beifall. Es gab auch pugig aus, die schmalen Gestalten hinter der erleuchteten Leinwand tanzen und springen zu sehen. Nicht minder gelang das Hans-Zachs-Spiel „Der fahrende Schiller im Paradies“. Volkstänze, Chorleitung, Rezitationen und Lieder zur Laute gaben dem Programm angenehme Abwechslung. Am nächsten Sonntag findet wiederum im Frankenheim ein großer Abend für die Parteimitglieder statt, den auch wieder die Arbeiterjugend mit ausfallen wird. Es werden Bühnenspiele, Chorleitungen, Reigenpiele geboten. Die Genossen Dr. Hieber und Dr. Diegel werden durch den Vortrag von heiteren Gedichten, alten und neuen Schwänken erfreuen. Genossen und Genossinnen, erscheint zahlreich! —

— Die Bilge von der deutschen Schuld. In letzter Zeit macht die „Arbeitsgemeinschaft für vaterländische Aufklärung“ viel von sich reden, die sich gegen die Schuld der Deutschen am Weltkrieg wendet. Man hat ein Mißtrauen gegen diese „Aufklärungsarbeit“, wenn man die Namen der dieser Arbeitsgemeinschaft angehörenden Vereine liest. Die gelben Arbeiterbünde gehen friedlich und schließlich mit deutschen Studenten- und Offiziersbünden zusammen. Die deutschnationalen Jugend- und Wehverbände, Kriegervereine usw. ziehen hier an einem Strang. Im Ehrenamtlich sind Offiziere, Professoren, deutschnationale und völkischparteiliche Abgeordnete, die nach ihrer Haltung vor, in und nach dem Kriege nicht auf viel Vertrauen rechnen können. Auch in Magdeburg hatte diese Arbeitsgemeinschaft am Sonntag eine „Aufklärungsversammlung“ im Circus einberufen. General Wrisberg sprach. Am es kurz zu machen: Frankreich, England und Rußland sind die Alleinschuldigen am Weltkrieg. Deutschland ist vollkommen unschuldig. Soweit das deutsche Volk in Frage kommt, stimmen wir dem General Wrisberg zu. Das französische, englische und russische Volk ist ebenso unschuldig. Nicht aber die Regierungen, die chauninistischen Staatsmänner und die Presse in allen Ländern, die systematisch in allen Ländern zum Kriege gehetzt haben. Hat doch der Gesandte v. Kemnitz, der vor einiger Zeit in Magdeburg über die deutsche Schuldbilge sprach, angegeben, daß man im deutschen Auslandigen Kriege die Lage richtig beurteilt hatte. Man sah nämlich dort ein, daß das Ultimatum Oesterreichs an Serbien den Krieg bedeutete zwischen diesen beiden Ländern. Man hat dort ferner mit der Möglichkeit des Weltkrieges gerechnet. Auf der anderen Seite gab v. Kemnitz zu, daß England mit allen Mitteln versucht hat, den Krieg zu verhindern. General von Wrisberg war sehr — vorsichtig. Er vermied alles, was Andersdenkende verlegen konnte. Er berichtigte aber auch alles, was in den Jahren vor dem Kriege von deutschen Staatsmännern, allen voran von Wilhelm 2., geredet worden ist. Er verschwieg die Verurteilungen der alldeutschen Presse. Er verschwieg auch die Warnungen deutscher Sozialdemokraten vor dem Kriege an die Adresse unserer Regierung und an die alldeutschen Kriegsheter. Hervor hob er dagegen die Verurteilungen französischer, englischer und russischer Staatsmänner und Pressestimmen aus diesen Ländern. Er schloß sich auf Warnungen Jean Jaures an die französischen Chauninisten und „Bewies“ damit die Alleinschuld der drei Orientestaaten. Man erweist mit solchen Mäßen dem deutschen Volk einen Vörendienst. Mit denselben Mitteln, wie sie der General Wrisberg anwendet, beweist man dem französischen Volke Tag für Tag die Schuld Deutschlands. So geht es nicht. So kommt das deutsche Volk auch nicht einen Zollbreit von dem Friedensvertrag von Versailles los. Ob übrigens gerade Generale und Professoren die geeigneten Männer sind, Deutschlands Antidote in der Welt zu sein, ist sehr zweifelhaft. Man kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß, nachdem man durch andere Parteien die sogenannte „nationalen Einheitsfront“ nicht herstellern konnte, die „Arbeitsgemeinschaft“ das Mittel für bislang noch undurchsichtige Zwecke sein soll. Wie unzulässig man bei der „Aufklärungsarbeit“ ist, bewies ein Zwischenfall. Ein Unberücksichtigter rief: „Wilhelm ist schuldig!“ Sofort erhob sich ein ungeheurer Lärm, der sich erst legte, als der Zwischenfall an die Luft befördert worden war. Die Arbeiter in ihrer Gesamtheit haben wirklich keine Veranlassung, hinter ehemaligen Generalen herumzulaufen. Sie sind die letzten, die eine objektive Darstellung zu geben vermögen.

— Die städtische Badeanstalt Große Schulstraße 5/6 ist wieder geöffnet. Ob der Betrieb ununterbrochen durchgeführt werden kann, hängt von der regelmäßigen Kohlenzufuhr, die zurzeit noch schwierig ist, ab.

— Neubau des Verwaltungsgebäudes der Eisenbahndirektion. Bereits vor dem Kriege beabsichtigte die preussische Staatseisenbahnverwaltung den Neubau eines Verwaltungsgebäudes für die hiesige Eisenbahndirektion. Als Bauplatz war das Grundstück vor dem Ulrichstor gegenüber der „Wilhelma“ bestimmt. Der Krieg hat alle diese Pläne zerstückelt. Da aber die Raumnot bei der Eisenbahndirektion dringende Hilfe fordert, so wurde neuerdings der Bau eines Verwaltungsgebäudes beschlossen. Dieser Neubau soll am Editharing ungesähr gegenüber der Gellertstraße errichtet werden. Der zunächst auszuführende spätere Hoflägel des Gebäudes wird bei rund 36 Meter Länge und 15 Meter Breite Arbeitsplätze für 250 Beamte beherbergen. Die Kosten dieses ersten Bauteils sind auf 3 500 000 M. geschätzt, ein Betrag, der die Gesamtkosten des ursprünglichen für 500 Beamte vorgesehenen ganzen Verwaltungsgebäudes ganz erheblich übersteigt. Mit der Ausführung der Bauarbeiten wird schon in aller nächster Zeit begonnen werden. Die Entwürfe sind im hochtechnischen Bureau der Eisenbahndirektion aufgestellt worden, das auch die Bauleitung übernimmt.

Das geheimnisvolle Schränkchen.

Roman von Burton E. Stevenson.

(59. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Wahrscheinlich haben Sie den Razarindiamanten in der Apollogalerie im Louvre schon gesehen“, sagte Pigot. „Es handelt sich um eine große Menge von Leuten um den Schrank, und es ist ein besonderer Diener zur Bewachung aufgestellt, denn er enthält einige Gegenstände von großem Wert. Aber der Razarin ist nicht darunter, es ist gar kein Diamant, sondern nur eine Fälschung — eine genaue Kopie von dem da, der das Original ist.“ „Ja ja, das ist wahr“, fügte er hinzu, als Grady plötzlich den Mund verzog. „Vor einigen Jahren brauchten die Direktoren des Louvre Gelder, um Gemälde zu kaufen und um die alten zu reinigen und wieder in stand zu setzen. Sie sagten sich, daß es unmöglich sei, drei Millionen Franc in einem einzigen Geheimeinzelverkauf zu haben, wenn ihre Michelangelos, Bonardos und Verullos mit Schmutz bedeckt seien und täglich mehr nachdrückten. Daher suchten sie einen Käufer für den Razarin. Sie fanden eine Liebhaberin in der Kaiserin von Rußland, die eine Leidenschaft für wertvolle Steine hatte, und die, bei ihrem Hinscheiden, diese bemerkenswerte Sammlung ihrem Neffen, dem Kaiser, hinterließ, der die gleiche Leidenschaft von ihr geerbt hatte. In den Louvre wurde eine Nachbildung angefertigt, um die Menge der großen Menge zu beschreiben, und jedermann versagte rasch, daß es nicht mehr der echte Diamant war. Ich finde, daß die Direktoren sehr weise gehandelt haben. Und nun“, sagte er hinzu, indem er auf den glühenden Dausen deutete, „was sollen wir damit tun?“

„Es ist nur eins möglich“, sagte Grady, der plötzlich wie aus einer Hypnose erwachte, „und das ist, die Edelsteine so rasch als möglich in einem Bankschließfach unterzubringen. Es ist auf der Polizei kein Sicherheitsbehälter vorhanden, dem ich sie anvertrauen möchte. Die hätten ja den Engel Gabriel in Versuchung gebracht.“ „Festere er mit einem tiefen Atemzug hinzu: „Können wir um diese Nachbildung ein Schließfach finden?“ fragte Pigot, indem er einen Blick auf seine Uhr warf. „Es ist beinahe halb zwei Uhr!“

„Das ist in Kehlport nicht schwierig“, sagte Grady. „Wir wollen sie auf die Tag-und-Nacht-Bar in der fünften Avenue tragen. Diese Bank schließt nie. Warten Sie, daß ich etwas hole, um sie darin zu verbergen.“

Er verschwand und kehrte sogleich mit einer Gondtasche zurück. „Das genügt“, sagte er. „Stecken Sie sie hinein, und ich will die Bank anfragen und wegen des Schließfachs die nötigen Anordnungen treffen.“

Simmonds und Rigot packten die Steine wieder sorgfältig ein und legten sie in die Tasche, während ich ihnen in einer Art Bekämpfung zuseh. Ich bestand auch, welche Verführung in Gegenwart von so viel Schönheit lockte. Es war nicht der Wert der Juwelen, der mich fesselte und gefangen hielt — daran dachte ich kaum; es war ihr befehlender Glanz, es war der Gedanke, daß, wenn ich sie besitzen würde, ich sie in jeder Tag- oder Nachtstunde herausnehmen und mein Auge an ihrem Blick weiden könnte.

„Der Großfürst Michael muß nicht wenig angebracht gewesen sein“, bemerkte Simmonds, der während der ganzen Szene nichts von seiner gleichmäßigen Geistesruhe eingebüßt hatte.

„Er hat getobt wie ein Stürmiger“, sagte Rigot und lächelte ein wenig über Simmonds' unerschütterliche Ruhe. „Diese Juwelen sind seine Leidenschaft; er verehrt sie; er hat sich nie von ihnen getrennt, keinen Tag lang; wo er hingibt, nimmt er sie mit. In der größten Geldverlegenheit — und er ist sehr oft in Geldverlegenheit — hat er nie auch nur einen seiner Edelsteine hergegeben. Im Gegenteil, sobald er Geld oder Kredit hat und er findet eine Gelegenheit, einen ungewöhnlich schönen Stein zu erwerben, kann er nicht widerstehen, selbst wenn seine Schulden unbezahlt bleiben. Seit dem Verlust seiner Sammlung lobt er, sagt er, schätzt er seine Dienerschaft — einer ist sogar an den Folgen gestorben. Wir alle sind, wie man sagt, in irgendeiner Hinsicht ein wenig verrückt. Nun, dieser Großfürst ist hinsichtlich seiner Diamanten vollständig verrückt!“

„Warum hat er keine Befehle auf ihre Entdeckung ausgegeben?“ fragte Simmonds.

„Oh, er hat es schon getan“, erwiderte Rigot. „Er hat sofort sein ganzes Vermögen als Belohnung ausgesetzt. Aber sein Vermögen war nicht groß genug, um Crochard zu reizen, denn der Großfürst hat in Wirklichkeit nichts als das Einkommen aus seinen Familiengütern, und Sie können sich ja denken, daß er das alles ausgibt. Es wird ihm eine unerschöpfliche Freude bereiten, daß wir die Sammlung entdeckt haben.“

Wir schloß der Gedanke durch den Kopf, das Pigot zweifellos im Begriff war, ein schönes Geschenk zu erhalten.

„So“, sagte Simmonds und klopfte die Tasche zu, als Grady wieder eintrat.

„Ich habe das Schließfach bestellt“, sagte Grady, „einer unserer Wagen erwartet uns draußen. Ich dachte, wir würden besser uns nicht einem Zagamer anvertrauen — es könnte ihm etwas zufallen — wir wollen lieber nichts riskieren bei dieser Fahrt. Simmonds, gehen Sie mit Herrn Wiggot voraus und sehen Sie nach einem Mann auf den Hof. Wer weiß, ob der Crochard nicht versucht, uns zu überfallen und aufzukleben.“

Ich dachte dasselbe, denn Crochard mußte r — Anstalt gehört haben. Und ich konnte mir nicht gut vorstellen, daß er ruhig dabei sitzen und gestatten würde, daß man ihm seine Juwelen wegtrüge — ganz abgesehen von der Schlappe, die er Crochard gegenüber erleiden würde. Daher war es mir eine Erleichterung, daß Grady so klug war, alle Vorsichtsmaßregeln zu treffen.

„Lassen Sie sich eine Empfangsbefähigung ausstellen“, fuhr Grady fort, „und treffen Sie für Sorge, daß die Tasche nur ausgehakt wird, wenn Sie und Herr Wiggot zusammen erscheinen, um sie zu holen. Gemüht das?“ fügte er hinzu, indem er sich an den Franzosen wandte.

„Gut, Herr Grady.“

„Gut. Ich werde Sie morgen früh sehen. Ich spreche Ihnen meinen Glückwunsch zu dem Fund aus. Es war eine große Leistung.“

„Ich danke Ihnen“, sagte Rigot würdig. „Auf Wiedersehen!“ Er verbeugte sich vor mir und folgte Simmonds hinaus. Grady nahm wieder Platz und steckte sich eine Zigarette an.

„Nun, Herr Leiter“, sagte er, „was hatten Sie von diesem Franzosen?“

„Ertaunlich“, antwortete ich, „ich weiß jetzt noch nicht, wie er so viel wissen konnte.“

„Wahrscheinlich hat er manches erraten“, bemerkte Grady. „Ich habe auch daran gedacht, aber ich glaube nicht, daß jemand so genau erraten kann. Wie mußte er zum Beispiel etwas von jenen Briefen?“

„Tatsache ist“, fiel Grady ein, „daß ich bei dieser Gelegenheit zuerst davon hörte. Was ist denn daran Baffant?“

Ich berichtete ihm die Sache kurz, wobei ich alles sorgfältig bemied, was ihm hätte verraten können, wer die beschriebene Dame war.

(Fortsetzung folgt.)

Siedlung und Gartenbau

Vorspanndienste.

Nachgerade dürfte jedem kleinen Mann auf dem Lande bekannt sein, welchen Zweck die Siedlungsgefeßgebung zu erfüllen hat. Die Partei, die sich mit aller Schärfe für die halbtägige Vermittlung der durch die neuen Geſetze veranlaßten Siedlungsmöglichkeiten einsetzt, ist die Sozialdemokratie. Sie fördert die Siedlungsbewegung nach Kräften. An der Siedlungsfreundlichkeit unserer Partei kann kein objektiver Urteiler Zweifel haben. Der beste Beweis für die Unmöglichkeit eines solchen Zweifels ist ja schon der Umstand, daß nicht nur in unserm Blatte, sondern in einer ganzen Reihe anderer Parteizeitungen Siedlungs- und Landwirtschaftsbeilagen eingerichtet worden sind, um den kleinen Leuten auf dem Lande bei der Durchführung ihrer Ansprüche zur Seite zu stehen. Diese Arbeit fällt den stark nach rechts gerichteten Parteien und ihren großagrariſchen Anhängern sehr auf die Nerven. Diese Kreise sind durchaus nicht von der Zweckmäßigkeit eines großzügigen Siedlungsplanes zu überzeugen und lassen es auf die Zwangsmaßnahmen der Kulturämter ankommen. Die Großgrundbesitzer wenden sich gegen jede Landabtreibung. Wir Sozialdemokraten dagegen haben das Bestreben, den landlosen kleinen Pächtern und den Zwergbesitzern zu einer auskömmlichen Existenz zu verhelfen. Berechtigte Landwünsche sind unsre Unterstützung. Wo aber aus egoistischen Gründen der gesunde Siedlungsgedanke und die Erlangung von Acker in Kauf genommen wird, da ist allerdings unsere Unterstützung nicht zu rechnen.

Trotzdem bringen es unsere Gegner fertig, unserer Partei den Vorwurf der ausgeprägten Siedlungsfeindschaft zu machen. In rechtsstehenden Zeitungen wird dieses Märchen immer wieder verbreitet. Jetzt erst haben angeblich kleinbäuerliche Betriebe und Vertreter im Reichswirtschaftsrat den Unimm verbreitet, die sozialistischen Parteien wollten allen ländlichen und städtischen Besitz enteignen. Die Enteignung solle nicht etwa nur die größeren Besitzer treffen, sondern uneingeschränkt sämtliche Eigentümer bis zum kleinsten. In diesem Aufsatz heißt es:

So sieht die Erfüllung der Versprechungen aus, dem Bauer zu helfen, die, um Stimmen zu fangen, von der Sozialdemokratie gegeben wurden. Wir Bauern sollen herunter von unsrer Scholle, die unsre Väter durch schwere Schwelgerei erhalten haben und die auch wir unsren Kindern wieder bereiben wollen, wir sollen Pächter werden, abhängig von der Günstigkeit der Einkäufer, wenn möglich abhängig von landfremden Eindringlingen wie Lenin und Trotski. (?) Dagegen hält nur der feste Zusammenschluß unsers Standes. Wir haben uns wahrlich schon oft genug überzeugen können, daß es in der Sache innerlich unser Standes, ganz gleich, ob klein oder groß, nicht gibt. Die Gefahren, die uns bevorstehen, sind größer und liegen näher, als es die meisten ahnen. Nichts darf uns daher trennen in den schweren Zeiten, die uns bevorstehen. Verursachen! Es geht uns Gangel um Haus und Herd! Gegen die Entziehung des Eigentums wird von beiden Seiten Sturm gelaufen. Wir aber wollen bleiben, was unsre Väter waren: freie Bauern auf freier Scholle.

Man stelle sich nur einmal den Satz vor, daß die Enteignung nicht etwa nur die größeren Besitzer treffen soll, sondern uneingeschränkt sämtliche Eigentümer bis zum kleinsten. So viel Unmöglichkeit. Eine Enteignung bei den Großgrundbesitzern, die über 400 Morgen Land besitzen, kann nur nach Maßgabe besonderer Bedingungen geschehen, wenn die Kleinrentner ihre Ansprüche genügend begründet haben. Man wird also das Land, das von den großen Landwirten abgetreten werden soll, an kleine Leute weitergeben. Anders ist die Sache doch nicht denkbar. Nur aber heißt es in dem unheimlichen Aufsatz, daß auch die kleinsten Eigentümer enteignet werden sollen. Wem soll denn dies Land gegeben werden? Wohl den Großagrariern; das könnte diesen freilich so passen. Nein, solche offensichtlich schändlichen Vandalenmanöver sollten unsre Gegner unterlassen; darauf fällt doch niemand mehr herein. Wo um alles in der Welt ist jemals die Rede davon gewesen, daß der kleine Besitzer seines Landes verlustig gehen und Pächter werden soll und daß er unter die Untermöglichkeit „landfremder Einkäufer“ zu stellen ist? Der Aufsatz ist für ganz naive Menschen geschrieben worden, für Menschen, die noch naiver sein müssen, als die Verfasser des Aufsatzes.

Es wäre sicher interessant zu erfahren, wie groß die „kleinbäuerlichen Betriebe“ der Unterzeichner dieses angeblich bäuerlichen Aufsatzes sind. Wir können uns einfach nicht vorstellen, daß ein kleiner Landwirt sich dazu hergeben kann, die Interessen der Großgrundbesitzer zu vertreten. Aus dem Aufsatz schaut das deutliche nationale Großagrariertum so kräftig hervor, daß eigentlich die ganze Sache als eine umgestülpte aufgelegene Landpropaganda anzusehen ist. Mit demselben Sägen: „Fester Zusammenschluß unsers Standes“, „Unterschiede gibt es nicht“ und so weiter, arbeitet der Landbund doch schon lange. Wenn sich noch irgendwo Vertreter der Kleinbauern, die vielleicht noch von früher her diesem Landbund angehören, dazu hergeben, die Geschäfte des großagrariſchen Landbundes zu vertreten, dann haben aber diejenigen Landleute, die zur Gemügelernung gelernt haben, daß mit großen Herren schlecht Kirchen essen ist, alle Veranlassung, sich gegen die Leute zu wenden, die dem Landbund Vorspanndienste leisten.

Der kleine Bauer und kleine Landmann hat Jahrhunderte mehr oder weniger unter den Gutsherren zu leiden gehabt. Jetzt aber, nachdem die Sünden der großagrariſchen Herrschaft ins Bankrott gekommen sind, will man auch die „kleinen“ mit liebevollen Armen umfassen und ihnen sagen, daß doch eigentlich zwischen dem Großgrundbesitzer und dem kleinen Pächter oder Zwergbesitzer gar kein Unterschied besteht. Es gibt zwar noch manche Landwirt, der sich von diesen schönen Worten einfangen läßt; aber die Erkenntnis bricht sich doch immer mehr Bahn, daß die der Sozialdemokratie angebotene Siedlungsfreundlichkeit aufgelegter Schwindel ist. Ein klar denkender Kleinrentner weiß sehr gut, was er von den großagrariſchen Herrschaften zu halten hat. Der kleine Mann auf dem Lande begreift immer deutlicher, wozu er gehört. Mit dem Fortschreiten dieser Bewegung verlieren die Rechtsparteien und der Landbund an Boden. Darum ist es verständlich, wenn sie sich gegen diejenigen wenden, die an die „Rechte“ rühren, die sich die Großagrariertum im Laufe von Generationen angeeignet haben. Die Sozialdemokratie wird in ihrer Arbeit aber nicht nachlassen. Den Nutzen davon haben allerdings nicht die Großgrundbesitzer, sondern die kleinen Leute auf dem flachen Lande, deren Verbleiben dahin geht, unabhängig vom Großagrariertum auf geſetzlichem Wege zu einer gesicherten Existenz zu kommen.

Pachtpreise nach Getreidepreisen.

Es wird in neuerer Zeit mehr und mehr üblich, daß von Seiten der Pächter die Pachtpreise nach Naturalpreisen verlangt werden, und man strebt dahin, den Preis für eine gewisse Zentnerzahl von Roggen oder Weizen als Pachtpreis zugrunde zu legen. Bei einem Teile der Pächter hat dies große Zustimmung erregt. Es sind vielfach von unheimlichen Victoren bei öffentlichen Verpachtungen Versteigerungen als Pachtpreise gehalten, die überhaupt in gar keinem Verhältnis zu der Ertragsmöglichkeit des Ackerbuds stehen. Es sind aber auch in den Reihen

der Pächter Zweifel darüber entstanden, ob bei einer Preisbemessung nach Getreidepreisen der Umlagepreis, oder der Weltmarktpreis oder irgendein anderer Höchstpreis zugrunde zu legen ist. Wie die „Sozialdemokratische Agrarcorrespondenz“ mitteilt, ist im Kreise Lüchow zum Beispiel folgendes in einem schriftlichen Pachtvertrag festgelegt:

Als Pachtpreis hat der Pächter für je 25 Ar jährlich den Preis von 1 1/2 Zentnern Roggen zu zahlen. Die Pacht ist halbjährlich postnumerando am 1. April und 1. Oktober fällig. Als Roggenpreis gilt jeweils der einen Monat vor Fälligkeit, das heißt der am 1. März bzw. 1. September jedes Jahres bestehende Höchstpreis einschließlich allgemeiner Prämien, jedoch ausschließlich der Frühmarktpremien, oder, sobald die Höchstpreise aufgehoben sind, der an den letztgenannten Tagen notierte hannoversche Marktpreis. Bei Wiedereinführung der Metallwährung ist Verpächter berechtigt, nach seinem Ermessen anstatt des vorstehenden vereinbarten Pachtgebels für je 25 Ar 25 Mark jährlich zu beanspruchen.

Welcher Preis ist nach diesem Paragraphen nun zu zahlen? Einen geschlichen Höchstpreis gibt es zurzeit insofern nur noch, als dieser mit dem festgesetzten Umlagepreis zusammenfällt. Als Marktpreis gilt der Weltmarktpreis. Der Verpächter hat nun den Vertrag so ausgelegt, daß ihm seine Pächter den steigenden Weltmarktpreis zu zahlen und ihm entsprechend regelmäßig Nachzahlung auf die fälligen Pächten zu leisten haben. Dazu ist er nicht berechtigt. Er kann nicht steigende Pächten und dauernde Nachzahlungen verlangen, weil er sich ja ausdrücklich auf die an der hannoverschen Börse notierten Marktpreise vom 1. März bzw. 1. September festgelegt hat. Die Pächter brauchen nicht mehr als den Umlagepreis zu zahlen.

Nun sind aber zwischen Pächtern und Verpächtern vielfach in der Weise Vereinbarungen getroffen, die Pachtpreise zum Teil nach dem Umlagepreis, zum Teil nach dem Weltmarktpreis zu bemessen. In vorstehendem Vergleich ist zur Hälfte der Weltmarktpreis und zur Hälfte der Umlagepreis für 2 bis 3 Zentner Roggen festgesetzt worden, wobei regelmäßig ein bestimmter Termin festgelegt wurde, welcher für die Bemessung des Weltmarktpreises in Betracht kam. Vor dem Pachtvereinigungsamt Hannover ist zum Beispiel folgender Vergleich vereinbart worden:

Der Pachtpreis bestimmt sich für die Jahre 1922 und 1923 nach dem Werte von 1,25 Zentner Roggen. Dieser Preis soll wie folgt errechnet werden: Ist die gesamte Ernte beschlagnehmend, so gilt der Beschlagnahmepreis. Ist die gesamte Ernte im freien Verkehr, so gilt der Durchschnitt des am 1. März und 15. September des betreffenden Jahres an der Berliner Börse notierten Preises, oder falls an diesem Tage Börse nicht stattfindet, des nächstfolgenden Börsentages. Ist der Roggen zum Teil frei, unterliegt er aber zum Teil dem Umlageverfahren, wie fest, so gilt der Durchschnittspreis.

Dieser Vergleich ist außerordentlich bedeutungsvoll, weil er auch von Seiten des Verpächters ein gewisses Entgegenkommen und eine unheimlich erfreuliche Einsicht zum Ausdruck bringt. Gerade daß man sich auf den Wert von nicht ganz 2 Zentnern Roggen festgelegt hat, läßt erkennen, daß durch verständige Verhandlungen und bei beiderseitigem guten Willen auch die Landeigentümer davon zu überzeugen sind, daß eine angemessene Erhöhung der Pachtpreise jederzeit auch von den Pächtern zugestanden wird, daß aber auf der andern Seite ein Ausgleich der Selbstverwertung durch die Preisrückführungen auf keinen Fall stattfinden darf. Dieser Vergleich kann auch andern Pachtvereinigungsämtern zur Nachahmung empfohlen werden. Auf diese Weise würden sich leicht die vielen Streitigkeiten zwischen Pächtern und Verpächtern aus der Welt schaffen lassen. Erforderlich ist dabei vor allen Dingen, daß klare und eindeutige Bestimmungen, wie in diesem Fall, über die Preisbemessung getroffen werden, damit nicht derartige Unzulänglichkeiten entstehen können, wie das an dem Beispiel aus dem Kreise Lüchow gezeigt ist.

Der Kleintierhof im Winter.

Was Geflügel verlangt trockenen, warmen Stall und Wärme gehendes Futter. Außerdem ist für die Hühner zur Erhöhung des guten Befindens ein Scharrraum unbedingt nötig, dessen Streu etwas Futter beigegeben wird; sie scharen danach, und damit hört das Faulenzen auf. Der Hühnerzüchter muß sich vergegenwärtigen, daß in diesen dunklen Tagen seine Hühner bis zu 16 Stunden auf der Sitzstange sind und sich deshalb nur wenig Bewegung machen und weniger frische Luft atmen können. Deshalb soll der Schlafraum gute Luft aufweisen, aber trotzdem gegen die Kälte sowohl als auch gegen Dunst, den die Hühner schlecht ertragen, wohl geschützt sein. Die meisten erfornen Kammern sind lediglich auf feuchte, dunstige Stellungen zurückzuführen; die Tiere treten mit dem feuchten Kamm in die kalte Winterluft, und schon beginnen die Kämme durch den Frost zu leiden. Dem ist durch Einsetzen der Kämme vorzubeugen. Das Weichfutter, ebenso wie das Wasser, sind warm zu geben. Hühner nehmen das angewärmte Wasser, das man ihnen des Morgens in die Napfe gibt, mit großem Wohlbehagen. Die Futtertröge, die ihnen das Grünfutter ergeben sollen, halbirt man und hängt sie mit der Schnittfläche nach außen in der Weise an die Wand, daß die Tiere zu ihrem Verzehr etwas in die Höhe hüpfen müssen, das schafft ihnen gesunde, erwarrende Bewegung, die den Tieren bestmännlich ist als das stille Umherstehen oder Sitzen. Die Körner wird man zu gleichem Zweck in den sandigen Scharrraum oder auf den sandigen Hof mit der Gabel einharfen, das veranlaßt eine gesunde Scharrbewegung; das bloße Hinströmen sollte stets unterbleiben. Raff darf nicht fehlen. Das Wassergeflügel hat eine besonders starke und trockne Streu nötig. Es ist jetzt an der Zeit, die Zuchtstämme zusammenzustellen, um Frühbruten zu erhalten; manche Tiere brauchen Zeit, sich aneinander zu gewöhnen.

Die Kaninchen verlangen ebenfalls trockenen Stall, denn sie vorziehen wohl Kälte aber keine Nässe. Die Wärme muß durch die Nahrung erzeugt werden. Außer warmem Weichfutter gebe man reichlich Heu; Grünfutter darf nicht gefroren sein, es ist deshalb in kleinen Mengen zu geben, damit es bald aufgetrocknet wird. Gutes Weizen- oder Kleinfutter, getrocknetes Karstoffkraut, getrocknete Karstoffblätter und etwas Körner bilden die Hauptnahrung. Besonders bewahrt man seine Kaninchen vor der Verfüttung von nassem oder gefrorenem Heu, die den Tod zur Folge haben würden. Wasser sollte man bei der im Winter vorherrschenden Fütterung den Tieren nicht borenhalten. Manche Kaninchen saugen verhältnismäßig viel Wasser, andre weniger. Gute, trockne Streu ist ebenso unbedingt erforderlich, wie mindestens allwöchentliches Ausmisten. Im Falle nach dem Hinausschaffen des Dungs den Kaninchenstall mittels einer Blumenbrille mit einer schwachen Kreolinlösung ausgereinigt, um dadurch die den Tieren schädlichen ammoniakalischen Dampfen zu beseitigen, denn gegen schwache, ammoniakalische Luft sind die Kaninchen sehr empfindlich. Den Ziegen gönne man im Winter möglichst viel Bewegung, um sie dadurch etwas für das lange Eingesperrtsein zu entschädigen; während des Draußenseins bei trockenem Wetter ist der Stall zu lüften und recht oft auszuräumen. Im Stalle sollte die Ziege nicht angebunden sein, sondern frei umherlaufen können. Bewegung schafft Wärme; das Angebundensein trägt ein so bewegungsbedürftiges Tier wie die Ziege besonders schädlich.

Winterarbeiten im Garten.

Man denke nicht, daß es draußen nichts mehr zu tun gibt, als höchstens vor dem noch dort stehenden Rosen- oder Grünholz nach Bedarf zu ernten. Es wird sich noch allerhand finden, wenn man es sich ordentlich überlegt. Alle Gemüsereste müssen aus dem Garten verschwinden. Es darf nicht ein Kohlstrunk stehenbleiben, da an diesem allerlei Krankheitskeime und Schädlinge mit durch den Winter geschleppt werden. Eine Ausnahme darf höchstens mit Grün- oder Rosenholz gemacht werden; an diesen Strünten bilden sich im Frühjahr junge Sprosse, die man als gartes Gemüse verwerten kann. Die eingelagerten Gemüseborräte und Obstlager sind bei gelindem Wetter zu lüften und durchzuputzen, auf daß der Ausfall durch Fäulnis nicht zu groß wird. Angefauelte Stücke werden für baldmöglichen Gebrauch zurechtgelegt. Der Komposthaufen ist umzuheben; gut ist es, ihn dabei mit Kalk und Jauche zu versehen. In den Mistbeeten wird die Erde auf Häufen gehetzt; die Kräfte selbst werden erforderlichenfalls ausgebeßert. Ebenso ist die Garteneinfriedigung nachzusehen. Baumpfähle und Sperrhölzer werden gekürzt, Spalierborrichtungen und Gartengerät ausgebeßert. Bestellungspläne sind auszuarbeiten, Verbesserungen zu überlegen und die Samenbestellungen, je zeitiger desto besser, zu erledigen. Samenborräte bewahrt man am sichersten vor Insekten in frisch geleezten Zigarrentüten auf. Hat man selbst Samen geerntet, so sind diese zu reinigen und luftig und vor Mäusefraß gesichert aufzuhängen. Auch im Obstgarten sind die Arbeiten fortzusetzen. Die Stämme alter Bäume sind zu reinigen und zu falken. Das Astwerk wird ausgelichtet. In frostfreien Tagen wird das Formobst beschnitten und beim Beerenschnitt das alte abgetragene Holz ausgehauen. Das Anlegen neuer Leimringe ist nötig, die alten werden abgenommen und verbrannt. Bei diesem Abnehmen ist auch das Linageleier, das sich unter die Leimringe verflochten hat, zu beseitigen. Auch sonst ist den Schädlingen ein wachames Auge zu leihen. Alles, was sich an Raupen oder Puppen zeigt, wird vernichtet. Diese Liste der Arbeiten im Winter läßt sich bei einigem Nachdenken noch vergrößern, und wer es mit seinem Garten gut meint, wird Gelegenheit finden, sich wichtig zu betätigen. Wie die Natur während der scheinbaren Winterruhe aufbaut und vorbereitet, so soll es auch der Mensch tun, indem er nicht nur die Arbeit des Tages erfüllt.

Gartenarbeitschulen.

Die erste Gartenarbeitschule in Deutschland befindet sich in Reisköln. Die einmaligen Ausgaben der Stadt für diese Schule betragen für eine Unterrichtswoche, für Umzäunung, Anlegen von Ställen, Brunnen usw. 30 000 Mark, während sich die laufenden Ausgaben auf rund 25 000 Mark belaufen. Die von jedem Kind erzielte Ernte wird auf 30 Mark veranschlagt, das sind bei den 2000 Kindern dieser Schule 60 000 Mark. „Die Einrichtung“, so heißt es in dem Jahresbericht, „erwartet mancherlei Ausgaben für die Jugendpflege, denn eine bessere Jugendpflege gibt es nicht. Hier in den Gartenarbeitschulen gehen die Kinder durch Licht, Luft und Nahrung, hier sind sie fern von dem verderblichen Einfluß der Straße, hier werden sie praktische Menschen mit Gemeinschaftsgefühl und erntem Willen zur Arbeit durch die Arbeit. Solch eine Jugend hebt Menschen, Tiere, Pflanzen und hat Sinn für alles Gute und Schöne. Auch an guten Herbst- und Wintertagen werden die Kinder im Freien sein. Sie sollen die Natur in jedem Kleide sehen. Im Sturme hat diese Schule die Herzen der Kinder, Lehrer und Eltern gewonnen.“

Erfreulicherweise haben inzwischen auch andre Städte die Anlage von Gartenarbeitschulen beschlossen. Zum Teil soll in den neuen Gartenarbeitschulen nicht nur der naturkundliche Unterricht erteilt werden, sondern auch überhaupt solche Unterrichtsgegenstände, die ohne besondere Schenkmittel im Freien erteilt werden können. Daß solche Schulen auch unter den heutigen schwierigen finanziellen Verhältnissen möglich sind, beweist die Tatsache, daß selbst Großstädte wie Wilmersdorf zur Gründung von Gartenarbeitschulen schreiten konnten, obwohl die Verhältnisse dort wegen des Bodens und der Preise besonders schwierig sind. In Wilmersdorf ist in diesem Frühjahr eine Gartenschule eröffnet worden und die Kosten betragen 35 000 Mark, von denen ungefähr 125 000 Mark als Zuschuß zu den alljährlichen Arbeiten ausgeführten Bodenbewegungen vom Staate wieder erstatet werden. Die Gartenarbeitschulen sollten überall Nachahmung finden.

Die Ziegenzucht.

Die Zuchtwahl ist zur rationellen Ziegenzucht dringend erforderlich. Da der Milchvertrag hierbei hauptsächlich maßgebend ist, müssen diejenigen Rassen Berücksichtigung finden, welche am reichlichsten sind. Allerdings dürfen dabei die Gesundheitsverhältnisse und die klimatischen Verhältnisse nicht unberücksichtigt bleiben.

Bei der Zuchtwahl kommt es in erster Linie darauf an, daß die Zuchtziege körperlich vollkommen einwandfrei ist. Stehen also keine guten Landziegen zur Verfügung, deren Züchtung zweckmäßig, so muß ein Zuchtstamm, also Bod und Geiß, derjenigen Rasse angelegt werden, die am nutzbarsten ist. Ist aber eine gute Landziege vorhanden, so läßt sich durch einen Kassebock wohl ein edler Schlag erzielen. Je mehr die Zuchtziege verbessert werden, desto einwandfreiere Milch wird erzeugt. Vorwiegend ist die beste.

Gute, luftige Stallung, die wenigstens jedes Jahr frisch gekalkt wird, ist Grundbedingung für das Gedeihen. Ein Bod, der Maul- und Klauenfeuche gehabt hat, darf nicht mehr denken. Auch Ungeziefer, wie Läuse, darf er nicht haben, da dieses beim Decken übertragen wird. Die Füße sollen öfter gereinigt und beschmittet werden. Die Ziegen sollen täglich ins Freie gelassen werden, auch im Winter. Sämtliches Futter muß in warmem Zustand gegeben werden, also auch Karstoffeln dürfen nicht gefroren werden. Gutes Ziegenheute mit Grünfutter gibt die beste Milch; das Grünfutter darf aber nicht nass sein. Wenn man Ziegen auf die Weide bringt, soll man solche Plätze, wo sich Samen vorfinden, meiden, da der Schleim der Samen Gift für die Ziegen ist.

Innerhalb der Ziegenzucht zur erfolgreichen Zucht der Ziegenzucht ist der Zusammenbau der Ziegenhalter zu Ziegenzuchtvereinen, -verbänden oder -genossenschaften.

Wer erst einmal Ziegen hält, sich und seiner Familie reichlich Milch gönnen kann, wöchentlich seine frische Butter selbst herstellen, die Tiere sauber im Stall und vor allem in der Streu hält, den Ziegen gutes Futter reicht, der wird schnell erfahren, daß die Ziegenzucht bei weitem der Haltung einer Kuh vorzuziehen ist. Eine gute Ziege gibt durchschnittlich 700 Liter Milch, eine gute Kuh 2800 Liter im Jahre. Folglich können vier Ziegen auf eine Kuh. Aber 7 bis 8 Ziegen brauchen nur so viel Futter wie eine Kuh. Die Kuh bringt nur ein Junges zur Welt, während bei drei Ziegen schon mit sechs Lämmern gerechnet werden kann. Da außerdem die Ziegenmilch 1 1/2 bis 2mal so hohen Wert besitzt wie die Kuhmilch, wird der Nutzen der Ziege den der Kuh wesentlich übersteigen. Wer aber erfolgreich Ziegen halten will, lasse sich sagen, daß die Art der Fütterung dieser Tiere ungewöhnlich wichtig ist. Nicht umsonst wurde der Satz geprägt, daß die Ziege durch den Saft melke. Je besser und vor allem je abwechslungsreicher das Futter, desto reichlicher und fetter die Milch.

Provinz und Umgegend.

Hausbesitzertagung.

Der 26. Verbandstag des Provinzialverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine der Provinz Sachsen wurde am Sonntag in Neuhaldensleben abgehalten. Der Vorsitzende, Stadtrat Schneider (Magdeburg), beklagte in seiner Eröffnungsrede, daß die politischen Parteien den Hausbesitzern alles mögliche versprochen, aber nichts gehalten hätten; das neue Reichsmietengesetz verstoße gegen die Verfassung. Die Hausbesitzer sind unrettbar verloren, wenn das Gesetz im Reichstag angenommen wird. Die Sozialisierung des Wohnungswesens nimmt immer mehr zu. Die Befestigung der Zwangswirtschaft fordern wir. Ein friedliches Zusammenarbeiten mit den Gegnern ist bei der jetzigen Vergewaltigung des Hausbesitzes nicht mehr möglich.

Bürgermeister Bohne (Neuhaldensleben) erklärte, daß die Gemeinden ehrlieh bestritten gewesen sind, den Hausbesitzern im Rahmen des Gesetzes gerecht zu werden. Seitdem die Steuerhoheit auf das Reich übergegangen ist, sind die Gemeinden in einer juchhabenden Finanzlage, worunter auch der Hausbesitz zu leiden hat. Die Gemeinden sind kaum in der Lage zu bauen. In Neuhaldensleben habe der Haus- und Grundbesitzerverein mit dem Mieterverein stets sachlich zusammen gearbeitet. Geschäftsführer Brüggemann sprach über Organisationsfragen des Hausbesitzes. In der sehr lebhaften Aussprache darüber gingen die Meinungen auseinander. In namentlicher Abstimmung wurden mit 74 gegen 33 Stimmen die Bildung von Kreisvereinen bis auf weiteres abgelehnt und dafür drei Unterverbände gegründet.

Dube (Magdeburg) sprach zum Reichsmietengesetz. Er meinte, daß der Vorstoß eines Mietereingangsamtes die Gesetze, welche zur Knebelung des Hausbesitzes geschaffen sind, nach billigen Ermessen anzuwenden könne. Dem Reichsmietengesetz müssen die Gutsgebäude ausgenommen werden. Der Paragraph über die Wohnmiete ist für die Hausbesitzer unannehmbar. Den Sozialisierungsversuchen muß die Spitze abgebrochen werden. Dieses Reichsmietengesetz mit seinem starken sozialistischen Einschlag sei von der Straße diktiert und eine glatte Bankrotterklärung der heutigen Wirtschaftspolitik im Wohnungswesen. Das Mietereingangsamt können die Hausbesitzer vorläufig annehmen. Daß das Mietereingangsamt mit den Erbschaftsparagraphen aber den Hausbesitzern ganz besonders schwer im Magen liegt, beweisen die wilden Ausfälle und phrasenhaften Vergleiche dagegen. Die Hausbesitzer müssen ein Vermittlungsgesetz verlangen. Das Reichsmietengesetz sei ein Scherzgesetz. Dann regte sich der Redner darüber auf, daß dieser Mietereingangsamt vom Bundesdeutschen Mieterverein und den Bodenreformern eingeschleppt ist. Die freien Gewerkschaften hätten sich noch dagegen gestellt, um den Hausbesitzern das Genick zu brechen. Kreisbaumeister Walberdorff (Salzwedel) erklärte, es könne nur eins geben, entweder Weisheit oder Untertan. Dieser Patriot verweigert sich sogar zu der Behauptung, daß wenn den Hausbesitzern alles genommen werden soll, er lieber sein Haus an die Franzosen verkaufen würde. Die in Wien getriebenen Hausquartier überboten sich förmlich in Kutnausbrüchen und empfahlen den Anschluß der Hausbesitzer an den Landbund.

Eine Protestentscheidung gegen das Reichsmietengesetz und die Mietereingangsverordnung wurde einstimmig angenommen. Dazu wurde noch die Kammerversicherung besprochen und vom Geschäftsführer Brüggemann die verschiedensten Aufnahmen in die Städteverfassung behandelt. Der allen Delegierten in die Kassen geflossene Brief der Sozialisierungsverbände im Wohnungswesen veranlaßte diesen Redner dazu, sogar der Städteverfassung Sozialisierungsmaßnahmen anzuhängen. Direktor Bismarck sprach von der Städteverfassung herab und sprach gegen die Verschönerung der Kassenhaltung von Verjährungsgebühren. Der nächste Verbandstag soll in Salzwedel abgehalten werden.

Aus der Stellungnahme der Hausbesitzer auf dem Provinzialverbandstag sollten endlich die Mieter an allen Orten erkennen, wie notwendig es ist, daß sie sich selbst in Mietervereinen zusammenschließen müssen, um der Hausbesitzerorganisation ein wirksames Gegengewicht entgegenstellen zu können.

Kreis Wanzleben.

Groß-Otterleben, 20. Februar. (Die Vorträge über das Wanzleber Programm) beginnen heute (Montag) abends in den „Hansa-Sälen“. Anfang 8 Uhr. Starke Beteiligung wird erwartet.

Seehausen, 20. Februar. (In der Stadtkonferenz) Sitzung stand das Vorkaufsrecht der Stadt auf die Siedlungshäuser an der Dreileber Straße zur Beratung. Die Käufer sollten nach Verabschiedung der Vorlage vor der Siedlung an die Bewerber zu einem angemessenen Preise sofort verkauft werden und diese hätten dann sofort mit den Nebenarbeiten, wie Hofpflasterung und Einfriedigung beginnen können, wodurch eine schnellere Fertigstellung der Siedlung erzielt wäre, was bei dem Wohnungsmangel doch sicher von Vorteil für die Allgemeinheit ist. Stadtmagister Herr Dürre, der die Häuser baut und sie eigentlich laut Kontrakt zum 1. Oktober 1921 fertigstellen sollte, wenigstens die ersten sechs, die Annahme der Vorlage empfahl, brachten die Bürgerlichen fertig, mit ihrer Mehrheit, wozu immer noch die „sozialdemokratische“ Landwirt Jahn gehörte, die Vorlage abzulehnen, in der Annahme, daß dadurch die Häuser billiger würden. Wirklich wieder einmal eine Glanzleistung. Oder lehnten die Bürgerlichen die Magistratsvorlage etwa nur deshalb ab, weil der Magistrat eine sozialistische Mehrheit hat? Die in voriger Sitzung abgelehnte Vorlage, 1000 Mark zur Deckung der Siedlung, wurde erneut vom Magistrat eingebracht, weil sich sonst eine bedeutend größere Belastung und auch noch allerlei andre Schwierigkeiten ergeben hätten. Sie wurde diesmal angenommen und die 1000 Mark bewilligt. Warum nicht gleich so? Anträge verschiedener städtischer Beamten auf Zuteilung zu einer höheren Gehaltsgruppe wurden abgelehnt. — Parteinachrichte. Da voraussichtlich im Frühjahr Neuwahlen stattfinden, hat das Gewerkschaftsamt mit beiden sozialistischen Parteien am Orte Verhandlungen, um ein einheitliches Vorgehen zu ermöglichen. Der Vorsitzende des „Stahlhelms“, Paul Fromme, und das „Stahlhelm“-Mitglied Friedrich Finkler sind durch Veranlassungsbefehl aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen.

Sozialdemokrat. Verein Schönebeck und Umgegend.

Mittwoch den 22. Februar, abends 8 Uhr, im kleinen „Stadtpart“-Saal

Generalversammlung

Referent ist der Reichstagsabgeordnete Oberpräsident Göring über „Die politische Lage“. Zahlreichem Besuch der Parteigenossen und -genossinnen steht entgegen.

Kreis Kalbe.

Kalbe, 20. Februar. (Im Mieterklubverein) wurde der Vorsitzende Mitteilung davon, daß Orte, die in einer höheren Ortsklasse sind als Kalbe, 40 bis 60 Prozent Mietzuschlag erheben, und hier verlangen die Hausbesitzer 80 Prozent. Gegen diese Forderung wird sich der Mieterverein mit aller Kraft wenden. Schon wurde das Verhalten einiger Hausbesitzer kritisiert, die den Leuten, die sie gerne loswerden möchten, in jeder

Weise Schwierigkeiten zu bereiten und die den Mietern Rechte abzubrechen, die diesen ohne weiteres zustehen. In nächster Zeit sollen Beratungen für Mieter eingerichtet werden. Pflicht der Mieter ist es, sich dem Mieterverein anzuschließen, denn nur eine starke Mieterorganisation ist imstande, die Interessen der Mieter wahrzunehmen. Die Versammlungen finden jeden Donnerstag nach dem 16. im „Deutsche Haus“ statt. — Seine Eltern bestohlen hat der 25 Jahre alte Hermann Med. Leben. Er erwiderte aus dem verschlossenen Kleiderkasten 2800 Mark, kaufte sich Revolver und Dolch und brachte den Rest des Geldes mit guten Freunden durch. — Eine Stadtkonferenz findet am Freitag abends 8 Uhr statt.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Neuhaldensleben, 20. Februar. (Die Führersitzung der Arbeiterjugend) des Werbezugs war sehr gut besucht. Die rege Mitarbeit jugendlicher Helfer zeigte, daß unsere Jugend den besten Willen hat, die Verhältnisse zu bessern. Trotz aller Bekämpfungen und Verunglimpfungen von bürgerlich-christlicher Seite hat sich doch die Arbeiterjugendbewegung im Werbezug beständig vergrößert. Sie liegt von 4 Vereinen mit 82 Mitgliedern auf 8 Vereine mit über 200 Mitglieder. Weitere Gründungen von Arbeiterjugendvereinen stehen in verschiedenen Orten bevor. Wenn die Arbeiterjugend den Wert der Arbeiterjugendbewegung allwärts erst richtig erkannt hat, wird es mit Macht vorwärts gehen. Ein Rufus für Esperanto und ein Samariterkursus für Jugendliche sollen abgehalten werden.

Neuhaldensleben, 20. Februar. (Betriebsrat Kurja.) Ingenieur Genosse Künzler hielt einen interessanten Vortrag über die Technik im Wirtschaftswesen. In der Aussprache wurde von einem Redner das Lektorium besprochen und von einem andern die Fortschritte in der Nahrungsmittelindustrie. Die Betriebsräte müssen diese Vortragsabende besser besuchen.

Wolmirstedt, 17. Februar. (Die Mitgliederber. sammlung) des Sozialdemokratischen Wahlvereins war erfreulichweise stark besucht. Genosse Fischer sprach über den Verlauf der letzten Stadtkonferenz-Sitzung. Wichtig ist der Anschluß der Stadt an den Wirtschaftsverband des Regierungsbezirks, der den Bau des Mittellandkanals fördern will. Die Festlegung des Mietzuschlags ist erfolgt; die Hauswirte sind berechtigt, 50 Prozent der Friedensmiete zu erheben. Die lang ersehnte Fortbildungsschule soll voraussichtlich im Frühjahr ins Leben gerufen werden. Ueber die Holzverteilung durch die Stadt gaben die Genossen Danneberg und Altmann Aufschluß. Im unklaren Gerüchten zu begegnen, sei gesagt, daß die eingeleitete Kommission einwandfrei gearbeitet hat, aber von Magistratskommission ist diese Arbeit wieder einmal durchkreuzt worden. Genosse Gassler gab die Erklärung ab, dieser Sache auf den Grund zu gehen. Bedauert wurde die Auflösung der Kohlenkommission. Es wurde vom Genossen Claus darauf hingewiesen, daß die Wirtschaftskommission jetzt deren Angelegenheiten zu regeln hat. Genossin Gebert berichtete über die Tätigkeit der Armenkommission. Dann hielt Genosse Böhm (Magdeburg) einen Vortrag über die Entwicklung der Jugendbewegung. In der Aussprache wies Genosse Ludwig darauf hin, daß die Arbeiterjugend auf dem platten Lande mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, insbesondere bei Beschaffung von passenden Räumlichkeiten. Zum Schluß wurde auf Antrag des Genossen Claus beschlossen, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, um Aufklärung über den Verlauf und die Nachwirkungen des Eisenbahnstreiks in die breite Masse zu tragen.

Altmark.

Goldbeck, 21. Februar. (Aus Eiferstich) Hoff ein 53jähriger Kaufmänniker auf dem Viehhof eines Wägenhändlers. Die Schüsse trafen aber nicht den Bedenklichen, sondern das Mädchen, das ihn begleitete. Der Revolverbeschuß wurde verfehlt.

Kognak-Essen

Magdeburg, 1. April 1922

Harmontika

Magdeburg, 1. April 1922

Brütereier

Magdeburg, 1. April 1922

Lehrling

Magdeburg, 1. April 1922

Drachseiler

Magdeburg, 1. April 1922

Lehrling

Magdeburg, 1. April 1922

Lehrling

Magdeburg, 1. April 1922

Lehrling

Magdeburg, 1. April 1922

Lehrling

Magdeburg, 1. April 1922

Bekanntmachung.

Der Amtsrath Friedrich Koppke in

Geschlechtsleiden!!

Dr. med. H. Schumann, a. a. H.

alle Gemeindevorsteher, Stadtvor-

schützen u. Magistratsmitglieder

Buchhandl. Volksstimme

Magdeburg.

Grosche & Cie., Kaiserstr. 94 a.

Ankäufe

Zahle

Zahle

viel mehr als andre Händler

über jeden Preis

Gold

Silber

Platin

alle Gebisse

Hauffe

Ankäufe

Zahle

Zahle

viel mehr als andre Händler

über jeden Preis

Gold

Silber

Platin

alle Gebisse

Hauffe

Standesamts-Nachrichten.

Standesamts-Nachrichten.

Standesamts-Nachrichten.

Standesamts-Nachrichten.

Standesamts-Nachrichten.

Standesamts-Nachrichten.

Standesamts-Nachrichten.

Standesamts-Nachrichten.

Standesamts-Nachrichten.

Standesamts-Nachrichten.

Standesamts-Nachrichten.

Standesamts-Nachrichten.

Standesamts-Nachrichten.

Standesamts-Nachrichten.

Standesamts-Nachrichten.

Standesamts-Nachrichten.

Lina Gärtner

geb. Wilhelm

Herr Dr. Martin Krieg

Heinrich Jordan

Deutscher Metallarbeiter-Verband